Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 19. Oktober 2026

Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich eröffne die Stadtratssitzung und begrüsse die Gäste, die Vertreter der Medien, euch liebe Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat und vom Gemeinderat und natürlich auch die anwesenden Mitarbeitenden der Verwaltung zur sechsten Sitzung im Jahr 2026. Besonders begrüssen möchte ich Ursina Tschannen von der SP/GL-Fraktion. Sie trat die Nachfolge von Sandro Baumgartner an. Dazu wünsche ich dir, Ursina, alles Gute, viel Freude und Befriedigung in diesem Amt. Ich danke dir, dass du dich für unsere Gemeinschaft zur Verfügung stellst. Auch auf der Gemeinderatsbank gab es Änderungen. Einerseits geht es um den Stuhl des Stadtpräsidenten, das heisst um den neu gewählten Stadtpräsidenten Patrick Freudiger. Ich möchte dir im Namen des Stadtrats zu deiner Wahl ganz herzlich gratulieren, auch wenn es nicht gerade erst gestern war. Es handelt sich nun eben um die erste Gelegenheit, um das hier zu machen. Selbstverständlich ist es so, dass, wenn Sandro Baumgartners Parlamentssitz ersetzt wurde, er nun aber auf die Bank des Gemeinderates wechselte. Auch dich heisse ich im Rahmen dieser neuen Perspektive, die du nun in diesem Saal einnimmst, herzlich willkommen. Damit bitte ich Barbara Labbé, unsere Stadtratssekretärin, den Appell vorzunehmen.

- 34 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend[1].
  - 4 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Marc Häusler (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit sind 34 Stadträtinnen und Stadträte anwesend und im Moment sind 6 Stadträtinnen und Stadträte entschuldigt abwesend. Vom Gemeinderat sind alle 7 Mitglieder anwesend. In diesem Zusammenhang möchte ich die besten Grüsse des Stadtrats an Patrick Jordi übermitteln; er teilte uns mit, dass er im Moment gesundheitshalber sein politisches Amt ruhen lassen muss. Wir wünschen ihm auf diesem Weg alles Gute und hoffen, dass er bald wieder hier bei uns im Saal ist. Der Versand der Traktandenliste und die Aktenauflage erfolgten vorschriftsgemäss. Die Traktandenliste und die Akten sind auch auf der Webseite der Stadt Langenthal aufgeschaltet. Gibt es Bemerkungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall.

[1] Zwei Stadtratsmitglieder treffen mit angekündigter Verspätung ein. Somit sind 36 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 19. Oktober 2026

1. Protokoll der Stadtratssitzung vom 29. Juni 2026: Genehmigung

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit kommen wir zum Traktandum Nr. 1 mit der Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 29. Juni 2026. Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich stelle fest, dass das Protokoll vom 29. Juni in der Aktenauflage enthalten war und auf der Webseite der Stadt aufgeschaltet ist. Es gibt keine Wortmeldungen, woraus ich schliesse, dass der Stadtrat gemäss Art. 65 Abs. 2 der Genehmigung einstimmig zustimmt. Damit danke ich Thomas Thurnherr und allen am Protokoll beteiligten Personen. Im Zusammenhang mit dem Protokoll möchte ich darauf hinweisen, dass nun für die Stadtratsmitglieder die Audioprotokolle der Sitzungen auf der Internetseite der Stadt aufgeschaltet wurden. Ihr könnt euch dies anschauen, beziehungsweise anhören. Nutzt das neue Medium zur Verbreitung unserer Sitzungen.

Beschluss:

Das Protokoll der Stadtratssitzung vom 29. Juni 2026 wird genehmigt.

2. Wahl eines Mitglieds der Kommission für öffentliche Sicherheit (Ersatzwahl für den per 30. September 2026 zurückgetretenen Sandro Baumgartner [SP])

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir sind bei Traktandum Nr. 2 und dabei bei der Wahl eines Mitglieds für die Kommission für öffentliche Sicherheit als Ersatzwahl für den per 30. September 2026 zurückgetretenen Sandro Baumgartner. Wird dazu das Eintreten bestritten? Nein.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ihr könnt dem Bericht entnehmen, dass die SP/GP-Fraktion Cornelia Gerber-Schärer zur Wahl vorschlägt. Wünscht jemand das Wort? Ja, Dan Weber von der SP/GL-Fraktion.

Dan Weber (SP): Geschätzter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besuchende, herzlich willkommen. Ich stehe hier im Namen der SP/GL-Fraktion und wir schlagen euch als Nachfolgerin von Sandro Baumgartner, dem wir für seinen Einsatz herzlich danken, Cornelia Gerber-Schärer für die Ersatzwahl in die KöS[1] vor. Sicherheit bedeutet für uns vor allem hinschauen, zuhören und füreinander da zu sein. Conny ist ein Mensch mit unglaublich viel Herz und einer tiefen sozialen Haltung. Sie lebt nahe an den Menschen in Langenthal, hat ein feines Gespür für ihre Sorgen und setzt sich mit ihren Überzeugungen für ein solidarisches Miteinander ein. Mit ihrer ausgeglichenen, menschlichen Art und ihrem gesunden Menschenverstand wird sie in meinen Augen und auch in den Augen der Fraktion eine Bereicherung für die Kommission sein. Wir bitten euch deshalb herzlich, uns das Vertrauen zu schenken und sie zu wählen. Vielen Dank.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Dan Weber als Sprecher der SP/GL-Fraktion. Gibt es weitere Kandidaturen? Wünscht eine andere Fraktion das Wort? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer Cornelia Gerber-Schärer als Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit die Stimme geben will, zeigt das mit seiner Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Vielen Dank. Herzlichen Dank und beste Gratulation an Dich, Cornelia.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung:

Cornelia Gerber-Schärer (SP) wird als Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit gewählt, mit Wirkung ab 3. November 2026 für den Rest der laufenden Legislaturperiode (31. Dezember 2028).

---

[1] KöS = Kommission für öffentliche Sicherheit

3. Teilrevision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements vom 24. Juni 1996 (Änderung von Art. 4, 7, 10, 12, 13, 15, 15a, 16 – 24, Anhang 1; Neuerlass von Art. 15b – 15f): Genehmigung

- **Motion Fankhauser Fabian (GLP), Häfliger Dyami (GLP) und Mitunterzeichnende vom 24. Juni 2024: "Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten": Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist**
- **Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP), Rosario Volante (FDP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025 "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung": Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist**

I Eintreten:

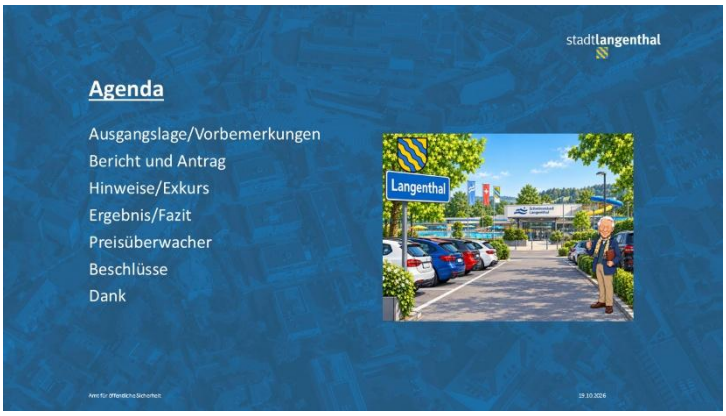
Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir sind bei Traktandum Nr. 3 mit der Teilrevision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements vom 24. Juni 1996 mit Änderungen von verschiedenen Bestimmungen und dem Neuerlass von Art. 15b bis Art. 15f. Dabei geht es um die Genehmigung. Weiter geht es um zwei Fristverlängerungen, nämlich für die Motion von Fabian Fankhauser (GLP), Dyami Häfliger (GLP) und Mitunterzeichnende vom 24. Juni 2024 "Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten" und die Motion von Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP), Rosario Valante (FDP) und weiteren Mitunterzeichnenden vom 12. Mai 2025 "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung". Ist das Eintreten zu diesem Geschäft bestritten? Nein. Damit ist das Eintreten unbestritten und wurde stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

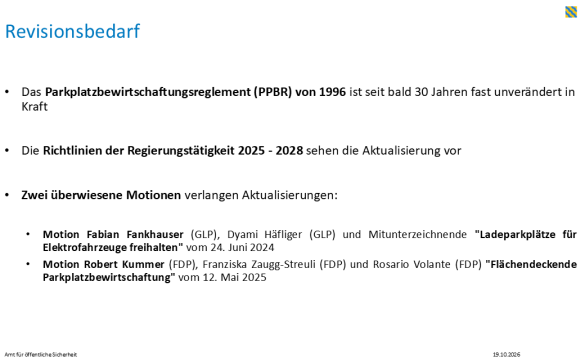
Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zur allgemeinen Beratung und ich bitte Gemeinderat Martin Lerch (SVP) um die Berichterstattung seitens des Gemeinderates.

Gemeinderat Martin Lerch (SVP): Geschätzter Stadtratspräsident, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, werte Besuchende, ich freue mich, dass ich euch das Reglement zur Teilrevision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements ein bisschen näherbringen, die Thematik ein bisschen vertiefen und vielleicht auch noch gewisse Aspekte besser einbringen darf, die nicht unbedingt in den Auflageakten enthalten waren. Erlaubt mir ausserhalb dieses Traktandums, dass ich natürlich Cornelia Gerber-Schärer ganz herzlich in der KöS willkommen heisse und ich mich auf die Zusammenarbeit freue.

Ich schlage vor, dass wir gemäss folgender Agenda vorgehen und lasse die Übersicht für einen Moment eingeblendet stehen.

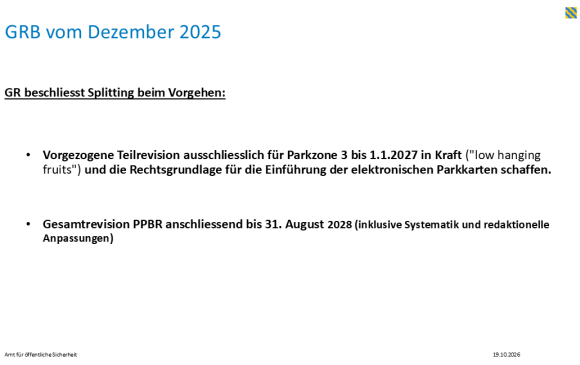


Somit kommen wir bereits zur Ausgangslage. Das Parkplatzbewirtschaftungsreglement datiert vom 1996, in Kraft gesetzt irgendwann im 1997, woraufhin dann später nur eine ganz kurze, kleine Teilrevision stattfand und das Reglement somit in die Jahre gekommen ist. Deshalb identifizierten wir diese Revision in den Richtlinien für die Regierungstätigkeit 2025 bis 2028 auch als Ziel und nahmen es entsprechend auf. Daneben gibt es zwei Motionen, die ebenso – zwar nicht ganz identisch – in dieselbe Richtung stossen.

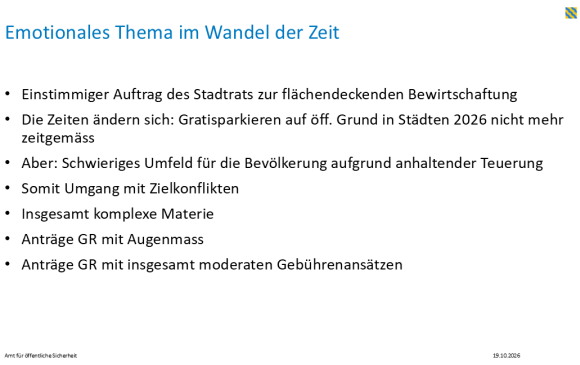


Dabei geht es ja einmal um das Freihalten von Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge und daneben aber vor allem um die Motion von Robert Kummer und Mitunterzeichnende, die seinerzeit ja bekanntlich in diesem Rat einstimmig überwiesen wurde und eine flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung fordert.

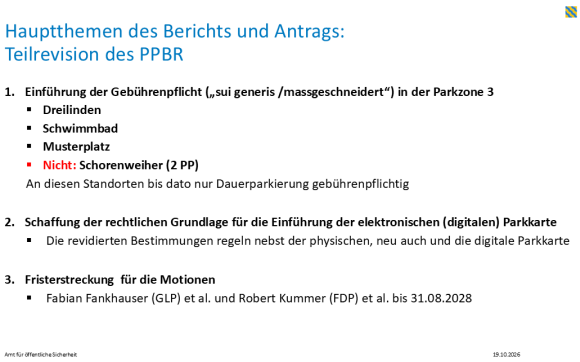
Vor 10 Monaten analysierte der Gemeinderat die Situation und kam dabei zum Schluss, dass das ganze Paket einerseits komplex ist und wir anderseits gewisse Bereiche haben, die man vorziehen könnte, sodass es zu diesem Antrag für eine vorgezogene Teilrevision der Parkzone 3 kam und man diese möglichst zügig, das heisst bereits auf den 1. Januar 2027, in Kraft setzen würde. Die Engländer würden dies wohl mit "low hanging fruits", also mit tiefhängenden Früchten umschreiben, die wir nun zu pflücken versuchen. Dabei beschloss der Gemeinderat andererseits auch gleichzeitig die elektronische Parkkarte einzuführen und anschliessend die Gesamtrevision nicht einfach auf den St. Nimmerleinstag zu vertagen, sondern ab Januar 2027 mit dem Ziel zügig anzugehen, diese per 31. August 2028 umzusetzen.



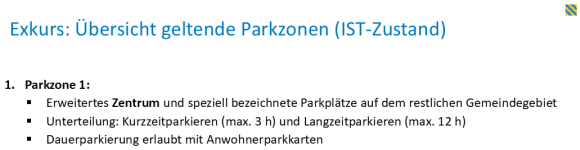
Ich glaube, es ist allen klar, dass es eher ein emotionales Thema ist, da es auch im Wandel der Zeit nicht immer gleich beurteilt wird. Einerseits haben wir den einstimmigen Auftrag des Stadtrats für eine flächendeckende Bewirtschaftung, andererseits ist das Gratisparkieren in den Städten auf öffentlichem Grund nicht mehr zeitgemäss, was somit Hand in Hand geht. Aber wir haben ein schwieriges Umfeld für unsere Bürgerinnen und Bürger, Stichwort fortschreitende Teuerung, und da wird niemand gross Freude haben, wenn er von zusätzlichen Zahlungen betroffen ist, was zu gewissen Zielkonflikten führt. Und insgesamt ist es doch eine recht komplexe Materie, das heisst nicht in dem Sinn schwierig, aber es geht um viele Aspekte, die berücksichtigt werden müssen. Der Gemeinderat kam zum Schluss, dass die Teilrevision mit Augenmass passieren sollte, sodass die Anträge, was die Gebührenerhöhungen betrifft, auch moderat ausfallen. Ihr konntet das möglicherweise schon anschauen und ich erläutere es noch einmal kurz. Dann kommen wir bereits zum Hauptthema des Berichts.



Es geht, wie gesagt, um die Einführung der Gebührenpflicht in der Parkzone 3, und zwar massgeschneidert, sodass an den Standorten Dreilinden, Schwimmbad und Musterplatz nicht einfach flächendeckend überall die gleichen Ansätze gelten. Beim Schorenweier mit nur zwei Parkplätzen fanden wir, dass sich das Aufstellen eines Kastens wohl kaum lohnt. Deshalb beantragen wir, diese beiden Parkplätze als blaue Zone zu führen, wonach aber auch das Dauerparkieren an diesen Standorten möglich sein soll. Dann geht es auch um die Schaffung der rechtlichen Grundlage zur Einführung der elektronischen Parkkarte, das wurde bereits gesagt, plus eben die Fristenstreckung dieser beiden erwähnten Motionen.



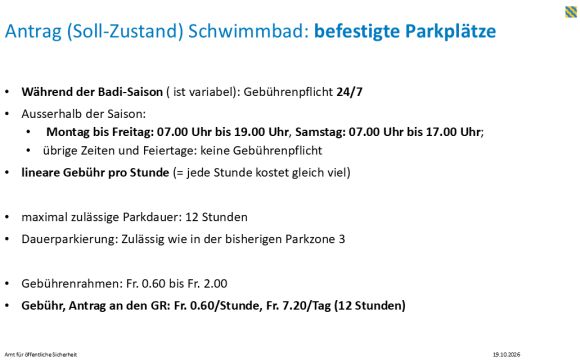
Ich darf euch vielleicht ganz schnell in Erinnerung rufen, wie die aktuelle Situation aussieht. Gemäss unserem Reglement in Langenthal haben wir drei Parkzonen: Parkzone 1 umfasst das erweiterte Zentrum mit speziell bezeichneten Parkplätzen, die sich teilweise auf restlichem Gemeindegebiet befinden. Dabei unterscheidet das Reglement das Kurzzeitparkieren von maximal drei Stunden gegenüber dem Langzeitparkieren bis maximal zwölf Stunden. Die Dauerparkierung mit Anwohnerparkkarte ist ebenso möglich. Euch ist auch bewusst, dass die Parkzone 2 der blauen Zone entspricht, bei der das Dauerparkieren mit Dauerparkkarten ebenso zugelassen ist. Bei der Parkzone 3 geht es dann eben um die Benützung von Sport- und Freizeitanlagen sowie um den Besuch von Naherholungsgebieten. Da entschied man vor 30 Jahren, dass dies kostenlos sein soll, wobei auch dort bereits die Dauerparkkarte eingeführt wurde.



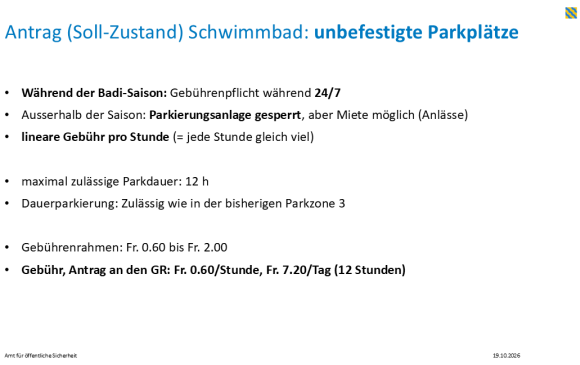
Dann kommen wir zum Antrag mit dem Sollzustand, was wir ändern wollen. Ich fange mit den Parkplätzen bei der Badi an, wo es ja um zwei Arten von Parkplätzen geht. Einerseits haben wir die befestigten, sprich asphaltierten Parkplätze, die allen bestens bekannt sind.



Dort schlagen wir vor, dass wir diese während der Badesaison bewirtschaften, das heisst vom Start bis Ende der Badi-Saison jeweils während 24 Stunden an 7 Tagen. Ausserhalb der Badesaison erfolgt die Bewirtschaftung von Montag bis Freitag von 7.00 Uhr bis 19.00 Uhr, und am Samstag von 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr. Die übrigen Zeiten wären gebührenfrei. Wir schlagen dabei lineare Gebühren vor, also nicht irgendwie progressiv oder degressiv oder was auch immer, sondern dass jede Stunde gleich viel kostet. Als maximal zulässige Parkzeit schlagen wir zwölf Stunden vor, Dauerparkierung soll analog zu Parkzone 3 weiterhin zulässig sein. Der Gemeinderat schlägt einen Gebührenrahmen von 60 Rappen bis Fr. 2.00 vor. Wenn ihr heute Abend dem Reglement zustimmt, hat der Gemeinderat vor, was noch zu beschliessen ist, eben linear 60 Rappen pro Stunde festzulegen, was dann für einen Tag Fr. 7.20 kosten würde.



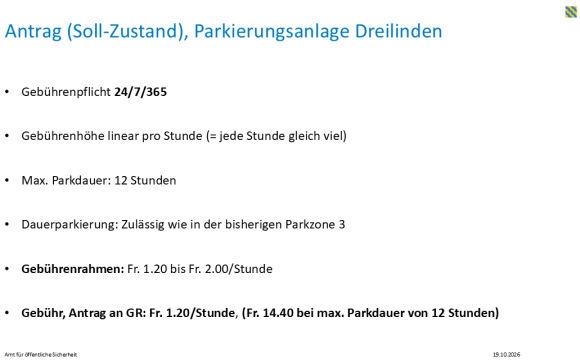
Dann geht es nachher um den Parkplatz als unbefestigte Anlage; das ist die Wiese dort, wo es dann bei Regen manchmal ein bisschen schwierig wird und man ins Schleudern kommen kann und so weiter. Auch hier beantragt der Gemeinderat während der Badesaison die Gebührenpflicht 24/7. Ausserhalb der Badesaison soll diese Parkierungsanlage aus den zuvor genannten Gründen geschlossen werden, da es bei Regen, den es dann hoffentlich wieder einmal gibt, zu einem schwierigen und weichen Terrain wird. Und dort will man aber die Möglichkeit geben, diesen Bereich nicht mit Gebühren zu regeln, sondern bei Bedarf an Nutzer von Grossanlässen zu vermieten, die dort im Umfeld möglicherweise stattfinden könnten. Bei der Gebührengeschichte ist es genau gleich wie bei der befestigten Anlage, ich glaube, ich muss mich hier nicht im Detail wiederholen.



Dann gehen wir noch weiter und kommen zur Parkierungsanlage Dreilinden.



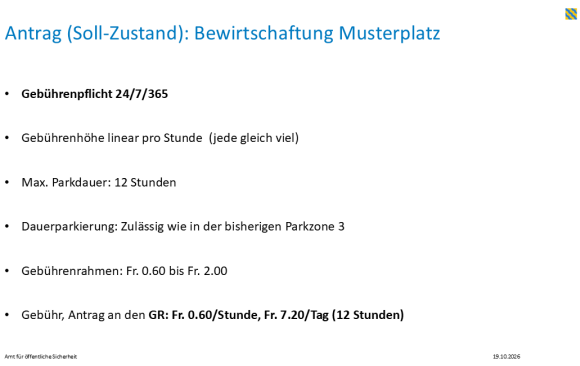
Dort schlagen wir eine Gebührenpflicht rund um die Uhr und dies an 365 Tagen pro Jahr vor. Bei einer maximalen Parkdauer von zwölf Stunden erfolgt dies wiederum linear pro Stunde, ohne dass es irgendwie auf- oder absteigende Gebühren gibt. Dann sind wie bisher Dauerparkkarten möglich und der Gebührenrahmen erstreckt sich von Fr. 1.20 bis Fr. 2.00, also nicht von 60 Rappen bis Fr. 2.00, sondern ab Fr. 1.20. Wieso gibt es diesen Unterschied? Wir stellten fest, oder es ist allgemein bekannt, dass die Parkplätze beim Gymnasium und der Berufsfachschule bereits vom Kanton bewirtschaftet werden. Und dort gelten eben diese Fr. 1.20. Somit macht es wenig Sinn, wenn wir abweichen, um da nicht Bewegungen auszulösen. Das ist eigentlich die Überlegung dahinter, und ihr seht auch hier noch die Details, das heisst, dass das Parkieren für zwölf Stunden zu Gebühren von Fr. 14.40 pro Tag führt. Nebenbei ist zu sagen, dass wir auch Gespräche mit den Verantwortlichen des Parkhotels führten, gibt es doch aus dem Jahr 1980 einen Dienstbarkeitsvertrag, gemäss dem ihnen 24 Parkplätze zur alleinigen Nutzung und zusätzlich 31 Parkplätze zur gemeinsamen Nutzung zustehen. Je nachdem möchten sie diese auch durch uns bewirtschaften und überwachen lassen.



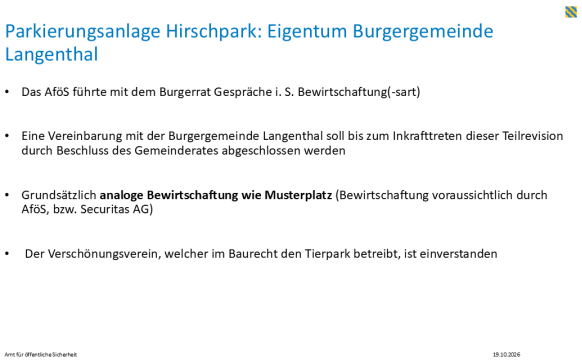
Dann kommen wir zum dritten Standort, dem Musterplatz.



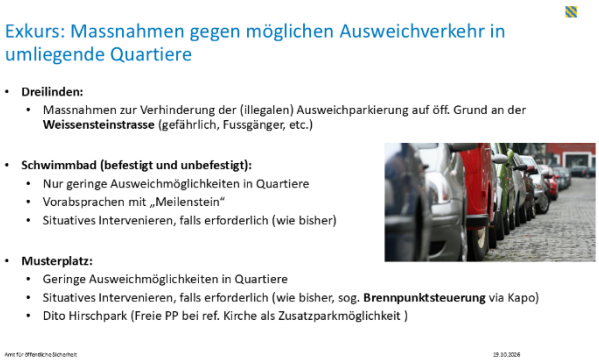
Auch hier beantragen wir eine Bewirtschaftung 24/7 an 365 Tagen im Jahr. Auch hier ist bei einer maximalen Parkdauer von zwölf Stunden eine lineare Gebühr von 60 Rappen bis Fr. 2.00 pro Stunde vorgesehen, Dauerparkierung ist möglich. Dabei wird dem Gemeinderat, der die konkrete Gebühr zu beschliessen hat, eine Gebühr von 60 Rappen beantragt.



Wohl nicht ganz davon loszulösen ist der Hirschpark, der sich allerdings nicht im Eigentum der Stadt, sondern in demjenigen der Burgergemeinde Langenthal befindet. Das AföS[1] führte bereits entsprechende Gespräche mit der Burgergemeinde und dabei wurde uns eigentlich eine Vereinbarung mit der Burgergemeinde Langenthal bis zum Inkrafttreten dieser Teilrevision in Aussicht gestellt. Wir sind uns somit weitestgehend einig, aber wir wollen natürlich auch hier zuerst das Reglement abwarten. Grundsätzlich gilt hier eine analoge Bewirtschaftung wie beim Musterplatz, wozu ich mich hier nicht wiederholen muss. Und auch der Verschönerungsverein ist einverstanden, der ein Baurecht hat und den Tierpark betreibt und deshalb in diesem Zusammenhang auch ein wichtiger Player ist.



Ich komme nun im Rahmen eines Exkurses zu den Massnahmen gegen möglichen Ausweichverkehr in umliegende Quartiere. Wie sieht das an diesen drei Hauptstandorten aus? Beim Dreilinden befindet sich ja die Weissensteinstrasse und dort gibt es nicht-offizielle Parkplätze, die aber als solche benützt wurden. Im Zug einer Umbaugeschichte ergriff man dort bereits gewisse Massnahmen, damit dort nicht mehr parkiert werden kann. Daneben wird man weitere Massnahmen ergreifen, weil das eine gefährliche Situation darstellt und die Fussgänger gefährdet und so weiter. Hinsichtlich der Parkplätze beim Schwimmbad, ob befestigt und unbefestigt, was wir nicht differenzieren, stellte das AföS fest, dass nur geringe Ausweichmöglichkeiten in die Quartiere bestehen, da es dort, mit gewissen Ausnahmen an der Blumenstrasse mit ein paar blaue Zonenparkplätzen, keine Parkplätze gibt.

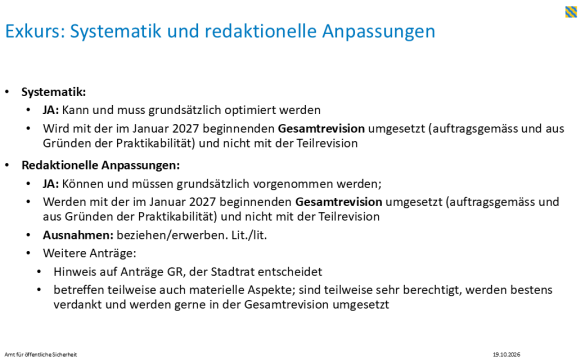


Das AföS traf auch Vorabsprachen mit dem Hotel Meilenstein, die sich dort der Situation bewusst sind, was sie bei grossem Andrang jeweils auch spüren, indem diejenigen, die keinen Parkplatz finden, bei ihnen parkieren, sodass sie sich flankierende Massnahmen überlegen; sei das eine Barriere oder die Bewirtschaftung, was aber noch nicht definiert ist. Sie sind sich dessen bewusst und überlegen es sich. Und natürlich kann man immer oder muss man, falls erforderlich, situativ intervenieren, was nicht neu ist und wir eigentlich immer in Absprache mit der Kantonspolizei machen, mit der wir einen Ressourcenvertrag haben. Ähnlich verhält es sich beim Musterplatz, bei dem wir nur geringe Ausweichmöglichkeiten ins Quartier sehen. Auch da muss, falls nötig, situativ interveniert werden, sodass wir hier von "Brennpunktsteuerung" reden. Dabei können wir bei der Kapo jederzeit Einfluss nehmen, falls das nötig ist. Das gleiche gilt für den Hirschpark, bei dem man sich auch überlegen könnte, ob man auf den Parkplatz bei der Kirche verweist. Dass diese Überprüfung auch effektiv stattfindet, sahen wir gerade diese Woche anhand einer Meldung der Kapo; ich darf es hier sagen, dass dort gerade vor etwa zehn Tagen acht Ordnungsbussen ausgesprochen wurden. Somit funktioniert das, aber selbstverständlich kann man nicht jedes Fehlverhalten jederzeit im Griff haben, das ist auch klar.

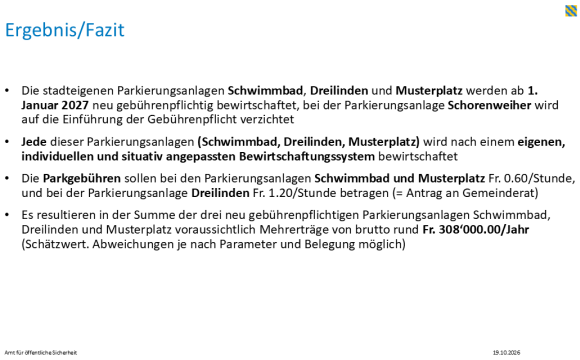
---

[1] AföS = Amt für öffentliche Sicherheit

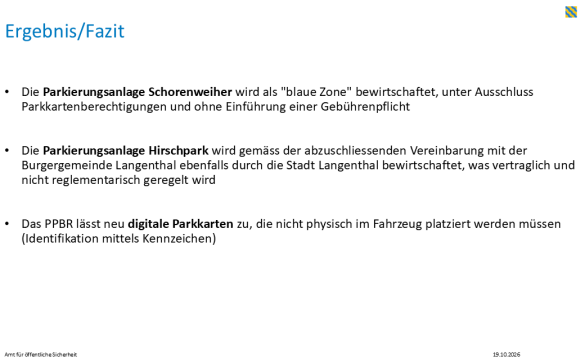
Ich komme vielleicht noch zu einem weiteren Punkt der Reglementsrevision. Dass man die Systematik anschauen muss, ist völlig unbestritten, was wir aber nicht machten, weil es eigentlich nicht dem Auftrag entsprach. Vielmehr wollen wir das mit der Gesamtrevision angehen und das Gleiche gilt eigentlich für die redaktionellen Anpassungen. Das schauten wir uns schlicht und ergreifend nicht an, sei es das Stichwort "Krankenschwester" oder ein gewisses Wording wie "beziehen" oder "erwerben" oder die Klein- und Grossschreibung. Aber wir haben natürlich nichts dagegen, wenn man auch hier die "low hanging fruits", also all das, was offensichtlich und völlig unbestritten ist, auch sogleich bereinigt. Aber zum anderen wäre es wohl schon sinnvoll, dass man solche Dinge in die Gesamtrevision hineinnimmt, weil es vielleicht Bezüge gibt, es den Kontext zu beachten gilt und es um Veränderungen und Sachen geht, an die man jetzt vielleicht nicht denkt. Darum wäre eigentlich die Haltung des Gemeinderates, dass man das jetzt unverändert lässt und es dann in der Gesamtrevision behandelt.



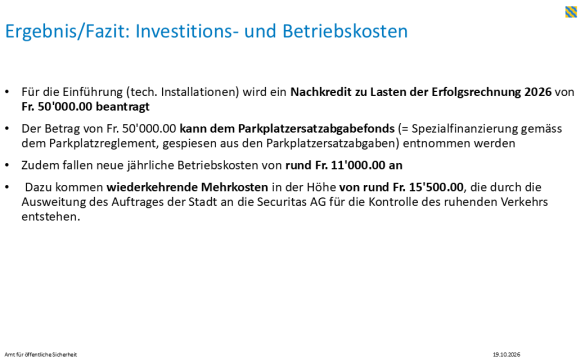
Damit komme ich eigentlich schon zum Ergebnis, respektive zum Fazit, für das ich mich kurzhalte, indem man die drei stadteigenen Parkierungsanlagen neu gebührenpflichtig bewirtschaften und beim Schorenweier mit blauer Zone darauf verzichten will. Jede Parkzone hat ein eigenes, individuelles und situativ angepasstes Bewirtschaftungssystem. Die Parkgebühren sollen beim Schwimmbad und beim Musterplatz 60 Rappen pro Stunde betragen und beim Dreilinden Fr. 1.20. Wenn man das zusammenzählt, und das ist natürlich auch ein bisschen Kaffeesatzlesen, nahm man natürlich die Zahlen und führte eine Hochrechnung durch, was aber weiss Gott keine exakte Wissenschaft ist, sodass wir auf +/- Fr. 300’000.00 kommen. In den Unterlagen findet sich dann ein Betrag von Fr. 308’000.00 an jährlichen Gebühreneinnahmen.



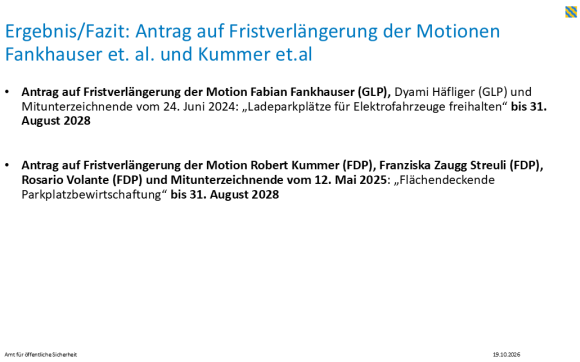
Daneben gibt es die Nebenschauplätze mit der Parkierungsanlage Schorenweiher als blaue Zone, den Hirschpark gemäss abzuschliessender Vereinbarung mit der Burgergemeinde, der ebenfalls durch die Stadt bewirtschaftet werden soll, und das Parkplatzbewirtschaftungsreglement soll eine Rechtsgrundlage für die digitalen Parkkarten bekommen.



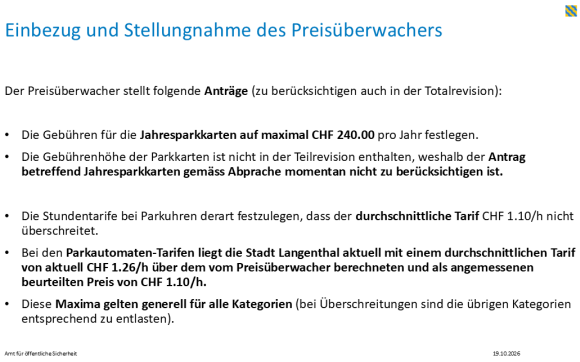
Dann hätten wir noch etwas zu den Investitions- und Betriebskosten zu sagen. Das kostet etwas, es braucht technische Installationen, Stichwort Parkuhren, etc. Da stellen wir einen Antrag von Fr. 50’000.00, die man aus dem sogenannten Parkplatzersatzabgabenfonds finanzieren will, der bereits besteht und auch relativ gut dotiert ist. Deshalb sollte das kein Problem sein und liegt vom Betrag her in der Zuständigkeit des Gemeinderates. Es werden selbstverständlich auch Betriebskosten anfallen, also zusätzliche Kosten für die Bewirtschaftung dieser Parkplätze. Dabei gehen wir für den technischen Unterhalt etc. von jährlich Fr. 11’000.00 aus. Dazu kommen wiederkehrende Mehrkosten für diejenigen, die das Betreuen, Stichwort Securitas.



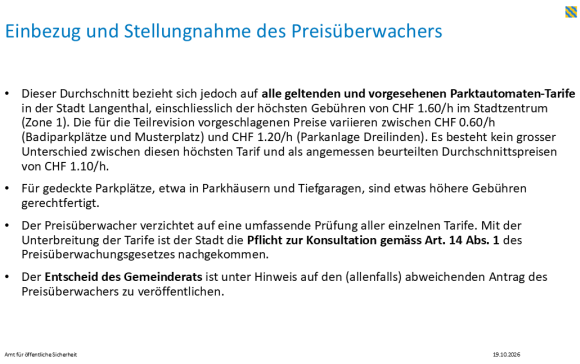
Und schliesslich geht es eben um die zwei Motionen, deren Fristverlängerung wir beantragen.



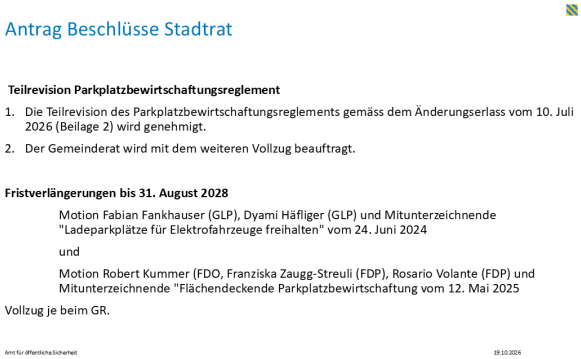
Auch der Preisüberwacher ist ein Thema, das wir angingen, weil man ihn anhören sollte. Er zeigte sich erstaunt, dass in Langenthal Parkplätze bewirtschaftet werden, da er noch nie etwas davon hörte, weshalb er auf 30 Jahre zurück alle Unterlagen einforderte und auch Bodenbewertungen, Preise und Gestaltungen etc. verlangte. Er teilte uns dann mit, dass er für die Durchsicht der Unterlagen bis Ende Jahr Zeit benötigt. Wir sagten ihm, dass uns schon sehr gedient wäre, wenn wir das vorher machen könnten. Und meine Erkenntnis ist, und die hatte ich schon vorher, dass man – wie das Beispiel zeigt – sowohl mit Bundesstellen wie auch mit kantonalen Stellen reden kann, wenn man dabei anständig bleibt, sodass uns dann bereits nach zwei, drei Monaten die Stellungnahme vorlag. Er stellte dabei fest, dass wir etwas hochliegen, sei das bei der Parkkarte, aber auch bei Stundentarifen mit durchschnittlich Fr. 1.26, sodass er im Sinn einer Empfehlung einen durchschnittlichen Stundentarif von Fr. 1.10 vorschlägt.

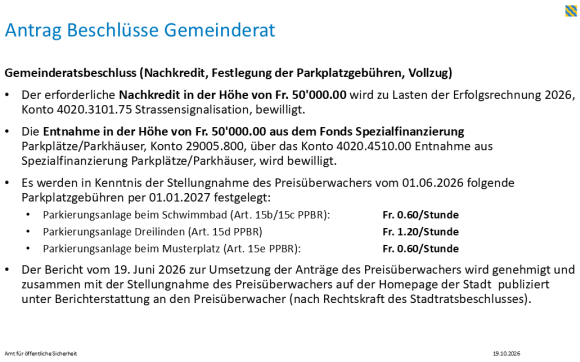


Das heisst aber nicht, dass man es nicht so machen kann, man muss es einfach publizieren und man muss der Bevölkerung die Möglichkeit geben, dies zu hinterfragen, wenn jemand damit nicht einverstanden ist. Das führt nicht sofort zu einem Rechtsmittelverfahren, wenn ihr das Preisüberwachungsgesetz anschaut. Er versucht dabei einfach zu schlichten, quasi so ein bisschen mediationsartig und macht Vorschläge. Wenn das nicht gelingt, kann er bei massivem Überborden der Gebühren diese heruntersetzen oder sogar im Extremfall aufheben. Aber wir haben auch das Signal, dass wir insgesamt moderat unterwegs sind und dass das vermutlich, oder mit höchster Wahrscheinlichkeit, nicht passieren wird. Aber Fakt ist, dass der Gemeinderat die Tarife und auch diejenigen des Preisüberwachers selbstverständlich publizieren muss.



Dann hätten wir hier noch die entsprechenden Anträge, was ich alles bereits erwähnte, sodass ich hier nicht mehr auf die Details eingehen muss. Somit bin ich von meiner Seite her am Schluss und möchte dabei auch schon die Gelegenheit benützen, um den vorberatenden Kommissionen, dem Gemeinderat, aber auch unserem Amt, dem AföS, bestens zu danken. Sie brachten, trotz gewichtigen Absenzen und Vakanzen bei wichtigen Playern, die das vorbereiten mussten, alles auf die Reihe und da bin ich dankbar, dass dies auch gelang. Dem Stadtrat danke ich selbstverständlich gerne am Schluss und damit schliesse ich für den Moment. Merci.





Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Martin Lerch. Bevor wir die Beratung fortsetzen, stelle ich zuhanden des Protokolls fest, dass in der Zwischenzeit auch Janina Heiniger eintraf und nun im Stadtrat 35 Mitglieder anwesend sind. Nun folgt die Berichterstattung durch die GPK, wozu sich Linus Rothacher (SP) bereit macht.

Linus Rothacher (SP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, die GPK diskutierte die Vorlage an der Sitzung vom 12. Oktober im Beisein des zuständigen Gemeinderates Martin Lerch. Im Rahmen der Diskussion mit dem zuständigen Gemeinderat tauchten mehrere Fragen auf, auf die ich jetzt sehr gerne noch summarisch zu sprechen komme möchte, auch wenn Vieles in den Ausführungen von Martin Lerch bereits vorweggenommen wurde. Zum einen gab in der GPK zu reden, dass im B&A des Gemeinderates keine Äusserungen betreffend flankierende Massnahmen gegen den Ausweichverkehr, insbesondere am Standort der Badi, zu finden sind. Im Rahmen unserer GPK-internen Diskussion wurde uns mitgeteilt, dass dies in der Vorlage nicht vertieft betrachtet wurde und dass man, falls hier Probleme auftauchen würden, die entsprechenden Massnahmen nachträglich noch treffen könnte.

In einem späteren Schreiben wurden uns die hier bereits erwähnten Aussagen nochmals schriftlich ausgeführt, gemäss denen man seitens des AföS und des Gemeinderates nicht davon ausgeht, dass es zu grösserem Ausweichverkehr kommen wird und dass dort, wo es an einem Standort, sprich beim Hotel Meilenstein, einen grösserer Parkplatzanbieter gibt, bereits entsprechende Informationen gegenüber dem Grundeigentümer platziert wurden. Weiter zu reden gab auch, dass das Parkieren am Standort Dreilinden auf eine maximale Parkdauer von zwölf Stunden begrenzt ist. Dazu erklärte uns der Gemeinderat, dass es sich dabei um einen Vorschlag handelt, dass aber grundsätzlich auch eine andere Dauer denkbar ist. Ein anderer Punkt, der ebenso für Diskussionen sorgte, ist, dass im B&A des Gemeinderates die prognostizierten Einnahmen gegenüber dem Antrag des Amtes abgeändert wurden. Das ist gemäss Aussagen des Gemeinderates darauf zurückzuführen, dass es sich hier um eine Prognose handelt und es verschiedene Berechnungsmodelle gibt und sich der Gemeinderat nachher in Abweichung zum Amt für eine andere Berechnung entschied, die dementsprechend auch zu einer anderen Einnahmeprognose führte. Die GPK diskutierte die erwähnten Fragen, kam aber im Rahmen ihrer internen Beratungen zum Schluss, dass seitens der GPK keine Anpassungen notwendig sind, sodass sie einstimmig die formelle Richtigkeit beschloss und somit die Vorlage der politischen Diskussion überlässt. Merci fürs Zuhören.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich danke Linus Rothacher als GPK-Sprecher. Das Wort haben jetzt die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Wem darf ich das Wort erteilen? Robert Kummer für die FDP/jll/L49-Fraktion.

Robert Kummer (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, unsere Fraktion dankt für die Ausarbeitung der Teilrevision des Parkplatzreglements und schätzt es, dass es in Etappen umgesetzt wird und man so noch zielgerichtet Einfluss nehmen kann. Wir sind mit der vorgeschlagenen Bewirtschaftung einverstanden, das heisst 60 Rappen bei der Badi und beim Musterplatz sowie Fr. 1.20 Franken beim Dreilinden. Dort beim Schorenweier sollen die zwei Parkplätze als blaue Zone belassen werden. Dazu habe ich vielleicht noch die Korrektur – nimm es mir nicht böse, Martin – dass dort entgegen Deiner Aussage, so heisst es zumindest, weder Dauerparkkarten noch Tageskarten möglich sind und man dort also nur als blaue Zone parkieren kann. Wir sind auch mit den nötigen Begleitmassnahmen einverstanden, sprich dem Nachkredit, dem Betriebsaufwand und den erwarteten Einnahmen.

Hingegen darf in der nachgelagert zweiten Phase, also derjenigen mit der Totalrevision, Folgendes nicht aus den Augen verloren werden, damit unsere Motion vollständig umgesetzt werden kann. Erstens geht es darum, dass die Bewirtschaftung der Parkplätze bei der Verwaltung und bei den Schulhäusern ebenso geregelt werden muss. Die Aussage im Bericht des AföS vom 3. Dezember 2025 unter der Ziff. 4.2.3, dass Parkplätze in den Schulen und der Verwaltung nicht dem Parkplatzreglement unterstehen, ist Wortklauberei. Zweitens geht es um eine stringente Vergabe von Parkkarten, ist es doch nicht das Ziel, möglichst viele Parkkarten im Umlauf zu haben, was ein falscher Ansatz wäre. Die öffentlichen Parkplätze müssen für Besucher, Kunden und andere Kurzzeitparkierer:innen beibehalten werden, um damit auch unser Gewerbe zu unterstützen, den Suchverkehr zu vermeiden und so Langenthal attraktiv zu halten. Es kann nicht sein, dass einzelne Haushalte für mehrere private Fahrzeuge oder sogar Firmenfahrzeuge Jahresanwohnerparkkarten lösen können. Drittens ist die Berechnung der Parkkarte durch den Preisüberwacher, die maximal Fr. 240.00 kosten darf, zurückzuweisen, und die von ihm vorgenommenen Reduktionswerte sind zu widerlegen. Es ist einfach nicht die Aufgabe der Öffentlichkeit und der Stadt, fehlenden privaten Parkraum auf öffentlichem Grund für

Fr. 240.00 pro Jahr bereitzustellen. In Burgdorf zum Beispiel kostet die Parkkarte Fr. 800.00 pro Jahr. Und gerade so weit wie in Biel müssen wir ja nicht gehen, plant dort der Gemeinderat sogar einen Tiefgaragenzwang einzuführen. Zur heute zur Debatte stehenden Teilrevision haben wir einen Antrag, den ich dann bei der Beratung des Reglements gerne stellen würde. Merci vielmals für eure Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank, Robert Kummer. Weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Das Wort hat Murielle Schärer für die GLP/EVP-Fraktion.

Murielle Schärer (GLP): Geschätzte Anwesende, auf den ersten Blick bedauerten wir, dass es jetzt noch kurz vor einer angedachten Totalrevision zu einer Teilrevision kommt, ist das doch mit zusätzlichem Aufwand seitens Verwaltung und Behörden verbunden. Schaut man aber den finanziellen Mehrwert für die Stadt an, können auch wir ein gewisses Verständnis aufbringen. Wir begrüssen die Einführung der digitalen Parkkarte natürlich sehr. Würde es nach uns gehen, hätte man gerade auch komplett digital werden können, aber da es ja Leute gibt, die das vielleicht nicht wollen, können wir uns auch in einem ersten Schritt mit diesem System zufriedengeben. Somit überlassen wir den Entscheid der Bevölkerung. Wir danken auch den vorberatenden Stellen, dass sie auf die unterschiedlichen Gegebenheiten bei der Parkierungsanlage in der Parkzone 3 Rücksicht nahmen und man hier für die jeweilige Zone passende Bewirtschaftungssysteme und auch unterschiedliche Tarife vorsieht. Gerade draussen im Dreilinden, was sehr gut mit dem ÖV erreichbar ist, sollen nicht auch noch attraktive Parkierungsmöglichkeiten dazu führen, dass man das Auto nimmt. Im Hinblick auf die Totalrevision möchten wir die zuständigen Stellen ermutigen, sich dann wirklich auch grundsätzlich Gedanken zu machen, ob zum Beispiel nicht Parkkarten pro Zone festgelegt werden, sondern es vielleicht mehr Sinn macht, Parkkarten nach Art zu definieren, um anschliessend festzulegen, in welchen Zonen sie gültig sind, so wie das beispielsweise auch andere Städte machen. Uns erschliesst sich aktuell nicht wirklich, warum z. B. Spitex-Organisationen in der Parkzone 1 keine Parkkarten erwerben können. Für uns ist wichtig, dass es für alle einfach und verständlich ist und die Umsetzung effizient erfolgt. Unsere Fraktion hat nur kleinere Anpassungswünsche, die wird nachfolgend vortragen werden und wird deshalb dem vorliegenden Antrag im Grundsatz zustimmen können. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Murielle Schärer. Für die SVP-Fraktion spricht nun Daniel Huber.

Daniel Huber (SVP): Werter Stadtratspräsident, werte Damen und Herren, das Parlament erteilte dem Gemeinderat mit wenigen Enthaltungen den Auftrag, eine flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung einzuführen. In einem ersten Schritt soll jetzt die Anpassung des Parkplatzreglements die Bewirtschaftung der bisher gebührenfreien Parkplätze Musterplatz, Badi und Dreilinden ermöglichen. Die Stadt Langenthal hat ein Anrecht, für ihre Aufwände und Dienstleistungen eine Gebühr zu erheben. Wichtig aber ist, dass dies nicht zu stark als zusätzliche Finanzierungsquelle für den allgemeinen Haushalt ausgenutzt wird und dass man dabei Augenmass hält. Mit den vom Amt für öffentliche Sicherheit empfohlenen Gebühren ist das insbesondere beim Musterplatz und bei der Badi der Fall. Was das Bewirtschaftungsregime im Dreilinden betrifft, wird die SVP noch einen kleinen Anpassungsvorschlag unterbreiten, zu dem ich noch etwas sagen werde, wenn wir das Reglement durchgehen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Daniel Huber. Nun spricht Cornelia Gerber-Schärer für die SP/GL-Fraktion.

Cornelia Gerber-Schärer (SP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, ich möchte mich auch bei den vorberatenden Kommissionen und Behörden bedanken, ist eine solche Revision doch immer eine riesige Arbeit, um dabei abschätzen zu können, was prioritär angepasst werden muss. Unsere Fraktion nimmt die vorliegende Teilrevision so an, was ich vorab bereits vorausschicken kann. Wir sind dabei auch sicher an einer zügigen Umsetzung ab Januar 2027 interessiert und begrüssen das sehr. Es ist höchste Zeit, dass etwas geht, und wir hörten jetzt schon sehr gute und passende Argumente. Als indirekte Anwohnerin des Hirschparks rege ich mich jedes Mal auf, besonders dann, wenn die Solothurner und die Aargauer Ferien haben. Es ist immer ein riesiges Puff und ich erschrecke mich eben, wenn ich in Ruhe mit meinen Hunden spazieren gehen will, dabei aber schauen muss, dass ich im "Schützeli-Stutz" nicht überfahren werde. Ich

habe das Gefühl und hoffe, dass sich die Gespräche mit der Burgergemeinde auf gutem Weg befinden und positiv ausfallen, denn es braucht dort eine Änderung.

Der Ausweichverkehr war deshalb im Rahmen der Behandlung dieses Traktandums auch ein grosses Thema. Und ich glaube, dass man dies einfach noch ein bisschen besser kontrollieren muss, aber ich weiss ja nicht, was das für Konsequenzen für das Personal mit sich bringt. Ich sehe das jetzt auch bei anderen Parkreglementen, beispielsweise bei den Schulzentren, bei denen man ganz spannende Sachen beobachten kann. Dabei werden die Anwohner zum Teil schon arg belästigt, sodass man das schon im Auge behalten muss. Die Preise erachten wir als moderat. Meinem Vorredner, Robert Kummer, muss ich beipflichten, sodass man da im Rahmen der Gesamtrevision sicher nochmals über die Bücher gehen kann. Auch ich habe noch Anmerkungen, aber weder ich, noch die Fraktion wird einen Antrag stellen, da dies dann in die Gesamtrevision gehört. Ich denke zudem, dass die Einführung digitaler Parkkarten dringendst notwendig ist und diese dann auch für die ganze Stadt anwendbar sein sollten, damit wir eine gewisse Flexibilität haben. Danke vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit hörten wir alle Fraktionen. Gibt es Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher? Pascal Dietrich (L49).

Pascal Dietrich (Liste 49): Herr Präsident, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste, mir ist bewusst, dass der Gemeinderat mit dieser Teilrevision des Parkplatzreglements unter anderem auch einen Auftrag von uns als Stadtrat umsetzt. Und es gibt natürlich auch viele gute und positive Punkte in dieser Teilrevision. Besonders erwähnen möchte ich, dass man beim Schorenweiher auf eine Parkuhr verzichtet. Das wäre dann ja wirklich Unsinn gewesen, wenn man dort für die zwei Plätze noch eine Parkuhr hingestellt hätte, was somit positiv zu würdigen ist. Merci auch dem Gemeinderat Martin Lerch, dass er noch zusätzlich zum Bericht und Antrag, in dem dazu noch wenig zu lesen war, auf die Bedenken wegen des Ausweichverkehrs einging. Ich danke dafür. Einfach in der Beurteilung sind wir uns dann schon nicht einig, sagte Gemeinderat Martin Lerch doch, dass kaum Ausweichverkehr zu erwarten ist. Dabei verkennt man einfach die Lage, wie sie bereits heute herrscht. Schon heute ist es so, dass es beim Badi-Parkplatz an schönen und heissen Sommertagen – solche erlebten wir in diesem Jahr ja praktisch keine, aber falls es solche wieder einmal geben sollte – dann führt dies zu einem starken Ausweichverkehr in die Quartiere. Und es stimmt halt nicht, dass dort kaum Parkplätze vorhanden sind, denn es hat mehrere Besucherparkplätze bei Überbauungen wie der Villa Geiser-Überbauung, der Überbauung Blumenau oder der Überbauung Villa Böhlen. Dort hat es überall Besucherparkplätze und diese Besucherparkplätze werden schon jetzt an schönen und heissen Tagen zu parkiert. Umso mehr passiert das natürlich dann, wenn der Badi-Parkplatz bewirtschaftet wird, und ich will damit nicht sagen, dass es falsch ist, diesen Parkplatz zu bewirtschaften. Aber ich hätte erwartet – und ich sagte das auch am 18. August 2025 hier in diesem Saal, dass mit dieser Vorlage entsprechende Vorschläge zur Umsetzung flankierender Massnahmen gemacht werden müssen, um dem vorzubeugen. Wenn man jetzt natürlich sagt, dass man dann, wenn es so weit ist, schauen will, dann habe ich mit dem schon Mühe, denn das weiss man schon jetzt, dass das so weit kommen wird. An schönen, heissen Sommertagen hat man das Problem bereits jetzt und das wird sich mit der Bewirtschaftung ganz klar akzentuieren, sodass ich in dieser Hinsicht von der Vorlage enttäuscht bin. "Gouverner, c'est prévoir", wie jeweils alt Stadtpräsident Hans-Jürg Käser zu sagen pflegte. Die Älteren von euch mögen sich vielleicht noch daran erinnern, dass er dies gefühlt praktisch jedes Mal sagte, wenn er hier am Rednerpult stand. Und mit diesem Stichwort hätte man da jetzt wirklich vorher schauen müssen und nicht erst dann, wenn die Anwohner anrufen. Aus diesem Grund ist für mich diese Vorlage nicht vollständig, sodass ich die Teilrevision ablehne. Der Ausweichverkehr in die Quartiere, namentlich bei der Badi, ist ein Problem, das man jetzt angehen sollte und nicht erst im nächsten Sommer. Danke.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, Pascal Dietrich. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher? Fabian Fankhauser (GLP).

Fabian Fankhauser (GLP): Geschätzter Herr Stadtratspräsident, werter Gemeinderat, werte Anwesende, ich werde die Teilrevision klar annehmen, trotzdem möchte ich noch den einen oder anderen Punkt anmerken.

Zum einen frage ich mich ein bisschen, wieso eine Teilrevision über ein Parkplatzreglement nicht auch der Umweltschutz und Energiekommission zur Beratung vorgelegt wird? Ich habe das Gefühl, dass wir ja über jede ÜO[1] befinden, sodass auch so etwas in die UEK gehört. Wie und wer entscheidet, welche Geschäfte der Kommission zur Beratung vorgelegt werden, erschliesst sich für uns noch nicht wirklich. Als nächster Punkt muss ich Robert Kummer schon recht geben, dass es nicht Aufgabe der Stadt ist, für Anwohner öffentliche Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Wenn man irgendwo einen Parkplatz für Fr. 120.00 pro Monat mietet und man es bei der Stadt für Fr. 240.00 pro Jahr bekommt, dann kann man sich das schon überlegen, was dann gescheiter ist. Aber es ist eigentlich nicht die Aufgabe der Stadt, für Anwohner ständig öffentliche Parkplätze zur Verfügung zu stellen, sodass man über die Preise für Dauerparkkarten durchaus nochmals reden könnte. Alles weitere finden wir grundsätzlich gut so, wie es vorgeschlagen wird. Der dritte Punkt betrifft noch die Motion, deren Frist wir jetzt um vier Jahre bis irgendwann ins Jahr 2028 verlängern, wurde die Motion "Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten" doch schon im Jahr 2024 als erheblich erklärt. Dazu möchte ich einfach anmerken, dass wird damit vier Jahre benötigten, um zu schauen, dass keine Verbrennerautos auf Elektroparkplätzen parkieren; das ist dann doch genug lange für eine eigentlich relativ einfache Aufgabe. Im Grundsatz stimme ich aber sicher zu. Besten Dank.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Fabian Fankhauser. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher? Bevor ich nun Gemeinderat Martin Lerch nochmals das Wort zum Abschluss der allgemeinen Beratung übergebe, stelle ich zuhanden des Protokolls fest, dass der Stadtrat mit dem Eintreffen von Peter Bösiger jetzt 36 anwesende Mitglieder hat. Martin Lerch, wünschst du das Schlusswort zur allgemeinen Beratung? Das ist so.

Gemeinderat Martin Lerch (SVP): Vielleicht mache ich noch ein paar Hinweise aus Sicht des Gemeinderates, beziehungsweise aus meiner Sicht. Was ich zur blauen Zone sagte, Robert Kummer, war ein Versprecher meinerseits, sorry, was du richtig erkanntest. Dann nahmen wir all die Wünsche und Anregungen für die Totalrevision, Stichwort Schulhäuser, Verwaltung, zur Kenntnis. Dann ging es auch um eine restriktive, stringente Vergabe der Parkkarten. Die Sache mit dem Preisüberwacher ist uns bewusst und wir sind nicht sicher, ob er das mit den Dauerparkkarten wirklich richtig verstand. Wir werden dort auf jeden Fall noch einmal auf ihn zugehen. Was über die elektronischen Parkkarten gesagt wurde, nahmen wir selbstverständlich ebenso zur Kenntnis. Ansonsten habe ich keine weiteren Bemerkungen, zu was Cornelia Gerber-Schärer sagte. Zu Pascal Dietrich ist zu sagen, dass wir einfach zwischen öffentlichen Parkplätzen, auf die wir Einfluss nehmen können, und privaten Parkplätzen unterscheiden müssen. Ich glaube, die von dir erwähnten Überbauungen Villa Geiser und Blumenau können natürlich auch mit Parkverbot und richterlichem Verbot agieren, aber wir können nicht bei allen Privatparkplätzen jederzeit jemanden hinstellen, der den Platz freihält, sodass ich da auch ein bisschen um Verständnis und Augenmass bitte. Die Erfahrung zeigt, und auch meine Leute sagen, dass es bis jetzt händelbar war und man selbstverständlich auch Bussen verteilt und natürlich auch die blauen Zonen entsprechend bewirtschaftet werden. Und ja, Fabian Fankhauser, es tut mir leid, bin ich doch auch jemand, der die Dinge gerne zügig erledigt, aber hier möchten wir diesen im Zusammenhang stehenden Aspekt einfach auch im gleichen Aufwisch im Rahmen der Gesamtrevision umsetzen, wie es im Auftrag steht. Das sind meine ergänzenden Bemerkungen. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, Gemeinderat Martin Lerch. Damit ist die allgemeine Beratung abgeschlossen und wir kommen zur Detailberatung. Wir gehen den Änderungserlass artikelweise durch.

Art. 4

Ohne Wortmeldung (somit gemäss Art. 65 Abs. 2 der Geschäftsordnung wie beantragt beschlossen).

---

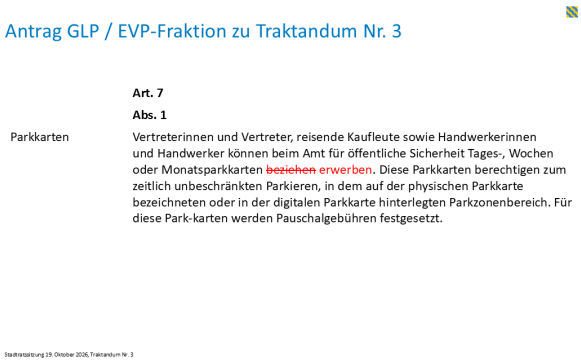
[1] ÜO = Überbauungsordnung

Art. 7

Murielle Schärer (GLP): Ich melde mich, damit ich einfach nicht den Moment verpasse. Ich beziehe mich auf die redaktionellen Anpassungen, die seitens der Verwaltung, beziehungsweise der vorberatenden Behörde eingegeben wurden und sich durch den gesamten Erlass durchziehen. Ich weiss jetzt nicht, wann das kommt?

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Das wäre jetzt der Moment, weil es hier in diesem Artikel das erste Mal auftritt.

Murielle Schärer (GLP): Dann ist das ja tiptop. Man schlug hier ja vor, dies zu präzisieren und dies mit "erwerben" anstatt "beziehen" zu umschreiben, da es ja grundsätzlich mit einer Gebühr verbunden ist, was man dann aber nicht konsequent durch das ganze Reglement durchzog. Wir gaben bei den entsprechenden Artikeln Änderungsanpassungen ein, die dann wie beschrieben auch in konsequenter Weise angepasst werden sollten. Dazu schlägt der Stadtratspräsident vor, dass man das als redaktionelle Anpassung durchwinken würde, oder wie man das genau sagen will.


Antrag GLP / EVP-Fraktion zu Traktandum Nr. 3

Art. 7

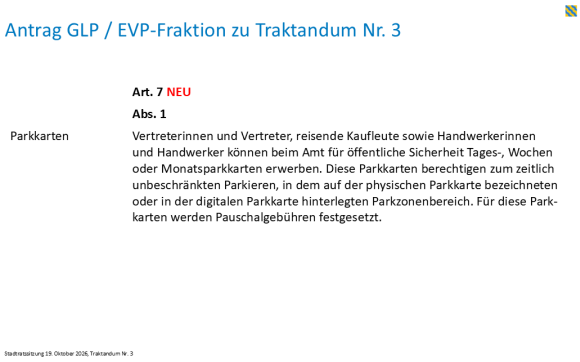
Abs. 1

Parkkarten

Vertreterinnen und Vertreter, reisende Kaufleute sowie Handwerkerinnen und Handwerker können beim Amt für öffentliche Sicherheit Tages-, Wochen oder Monatsparkkarten ~~beziehen~~ erwerben. Diese Parkkarten berechtigen zum zeitlich unbeschränkten Parkieren, in dem auf der physischen Parkkarte bezeichneten oder in der digitalen Parkkarte hinterlegten Parkzonenbereich. Für diese Park-karten werden Pauschalgebühren festgesetzt.

Stadtratssitzung 19. Oktober 2026, Traktandum Nr. 3

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich danke somit meiner Sprecherin. Also, der Antrag ist gestellt. Wird vorerst einmal zu diesem Antrag, wie er hier eingeblendet ist, das Wort verlangt, indem man jeweils "beziehen" durch "erwerben" ersetzt, so wie es übrigens in Abs. 2 gemacht wurde? Das ist nicht der Fall. Dann qualifiziere ich das als eine redaktionelle Änderung. Wird dagegen irgendwie protestiert? Das ist auch nicht der Fall.


Antrag GLP / EVP-Fraktion zu Traktandum Nr. 3

Art. 7 NEU

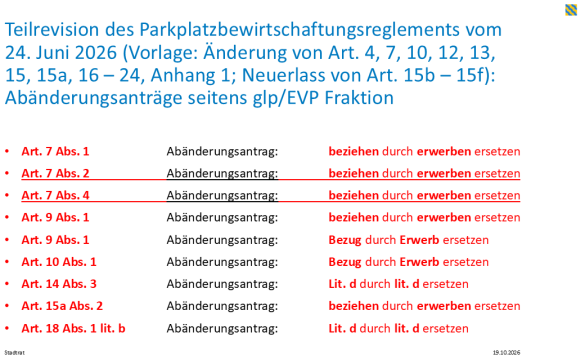
Abs. 1

Parkkarten

Vertreterinnen und Vertreter, reisende Kaufleute sowie Handwerkerinnen und Handwerker können beim Amt für öffentliche Sicherheit Tages-, Wochen oder Monatsparkkarten erwerben. Diese Parkkarten berechtigen zum zeitlich unbeschränkten Parkieren, in dem auf der physischen Parkkarte bezeichneten oder in der digitalen Parkkarte hinterlegten Parkzonenbereich. Für diese Park-karten werden Pauschalgebühren festgesetzt.

Stadtratssitzung 19. Oktober 2026, Traktandum Nr. 3

Da in diesem Erlass an verschiedenen Stellen das Verb "beziehen", respektive das Substantiv "Bezug" weiterhin verwendet wird, schlage ich vor, dass man diese Anpassung im gesamten Erlass redaktionell vereinheitlicht. Wir sehen das hier auf dieser Folie. Die zwei unterstrichenen Artikel sind diejenigen, bei denen im Änderungserlass bereits die Änderung vorgesehen ist. Nachdem wir nun den Antrag der GLP als eine redaktionelle Änderung qualifizierten, bitte ich um Wortmeldungen, ob wir das Thema gerade in einem Aufwisch im ganzen Erlass anpassen können. Wünscht jemand das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich gestützt auf Art. 65 Abs. 2 fest, dass beschlossen ist, dass "beziehen" durch "erwerben" und "Bezug" durch "Erwerb" im gesamten Erlass als redaktionelle Änderung ersetzt wird.


Teilrevision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements vom 24. Juni 2026 (Vorlage: Änderung von Art. 4, 7, 10, 12, 13, 15, 15a, 16 – 24, Anhang 1; Neuerlass von Art. 15b – 15f): Abänderungsanträge seitens glp/EVP Fraktion

• **Art. 7 Abs. 1**	Abänderungsantrag:	**beziehen** durch **erwerben** ersetzen
• **Art. 7 Abs. 2**	Abänderungsantrag:	**beziehen** durch **erwerben** ersetzen
• **Art. 7 Abs. 4**	Abänderungsantrag:	**beziehen** durch **erwerben** ersetzen
• **Art. 9 Abs. 1**	Abänderungsantrag:	**beziehen** durch **erwerben** ersetzen
• **Art. 9 Abs. 1**	Abänderungsantrag:	**Bezug** durch **Erwerb** ersetzen
• **Art. 10 Abs. 1**	Abänderungsantrag:	**Bezug** durch **Erwerb** ersetzen
• **Art. 14 Abs. 3**	Abänderungsantrag:	**Lit. d** durch **lit. d** ersetzen
• **Art. 15a Abs. 2**	Abänderungsantrag:	**beziehen** durch **erwerben** ersetzen
• **Art. 18 Abs. 1 lit. b**	Abänderungsantrag:	**Lit. d** durch **lit. d** ersetzen

Stadtrat 19.10.2026

Daniel Huber (SVP): Entschuldigung, wir haben dann noch einen Antrag zur Anpassung des Gebührenregimes im Dreilinden. Ich weiss jetzt nicht genau, in welchem Artikel das kommt und wäre deshalb für eine Hilfestellung froh. Merci vielmals.

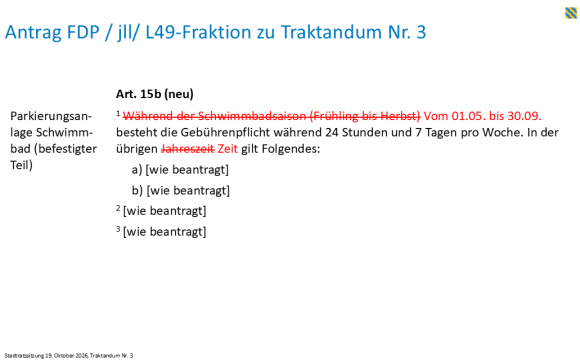
Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Da wäre ich jeweils noch froh, wenn ihr wisst, zu welchem Artikel ihr einen Antrag stellt. Da geht es wohl um Art. 18, bei dem ihr wahrscheinlich die Änderung beantragen wollt. Aber Daniel, wir sind jetzt erst beim Art. 7 und somit kommt das erst noch. Gibt es ansonsten weitere Anträge zu Art. 7? Damit ist die Beratung zu Art. 7 mit dieser redaktionellen Änderung, die sich durch das ganze Reglement durchzieht, abgeschlossen. Somit kommen wir zum nächsten Artikel.

Art. 10 bis Art. 15a

Ohne Wortmeldung (somit gemäss Art. 65 Abs. 2 der Geschäftsordnung wie beantragt beschlossen).

Art. 15b bis Art. 15c

Robert Kummer (FDP): Also, wir schlagen vor, und ich rede jetzt gerade für Art. 15b und Art. 15c, dass man die Periode nicht von "Frühling bis Herbst" definiert, weil das ein bisschen ungenau ist, sondern dass man dies konkretisiert und dabei ein Parkregime vom 1. Mai bis 30. September festlegt wird und in der anderen Zeit das andere Parkregime gilt. Ein Parkierender muss wissen, wann welches Parkregime gilt und man kann nicht erwarten, dass er jetzt weiss, ob die Badi noch Saison hat oder die Saison bereits beendet ist. Hingegen weiss er, ob es der 28. September oder der 2. Oktober ist und dementsprechend herrscht dann ein anderes Regime. Mit dieser Lösung schafft man eine klare Situation, zumal wir ja auch nicht von Gebühren reden, die von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zu zahlen sind, sodass es damit ganz klar definiert wird. Es ist aber auch so, dass die Gebühren ab 1. Mai 24 Stunden / 7 Tage zu laufen beginnen und die Badi dann vielleicht erst am 10. Mai aufgeht, sodass in diesen 10 Tagen eigentlich bereits der Saisontarif gilt. Und das Gleiche wiederholt sich dann im Herbst, falls die Badi am 20. September schliesst und der Tarif aber bis am 30. September gilt. Uns ist es dabei aber wichtiger, dass geklärt ist, von wann bis wann welcher Tarif gilt. Besten Dank.


Antrag FDP / jll/ L49-Fraktion zu Traktandum Nr. 3

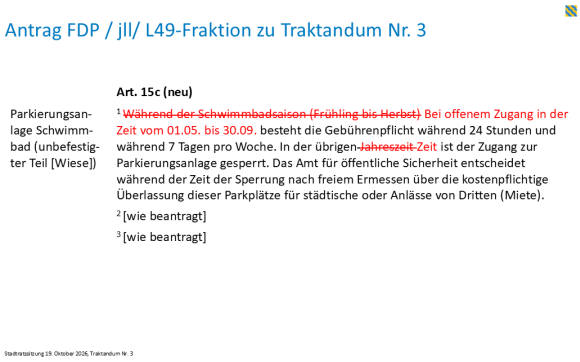
Art. 15b (neu)

Parkierungsanlage Schwimmbad (befestigter Teil)

[1] ~~Während der Schwimmbadsaison (Frühling bis Herbst)~~ Vom 01.05. bis 30.09. besteht die Gebührenpflicht während 24 Stunden und 7 Tagen pro Woche. In der übrigen ~~Jahreszeit~~ Zeit gilt Folgendes:
a) [wie beantragt]
b) [wie beantragt]
[2] [wie beantragt]
[3] [wie beantragt]

Stadtratssitzung 19. Oktober 2026, Traktandum Nr. 3

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gut, der Antrag ist gestellt. Gibt es weitere Anträge zu Art. 15b? Das ist nicht der Fall. Aufgrund des engen Sachzusammenhangs behandeln wir den Antrag gerade gleichzeitig mit dem Antrag zu Art. 15c, zumal dabei inhaltlich auch das Gleiche beantragt wird. Ist jemand gegen die gemeinsame Behandlung dieser zwei Artikel? Das ist nicht der Fall. Hat jemand einen weiteren Antrag zu Art. 15c? Nein. Damit ist die Ausgangslage klar. Das Wort ist offen zu diesem Antrag. Wünscht eine Fraktion das Wort? Das scheint nicht der Fall zu sein. Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Das Wort hat der Gemeinderat Martin Lerch (SVP).


Antrag FDP / jll/ L49-Fraktion zu Traktandum Nr. 3

Art. 15c (neu)

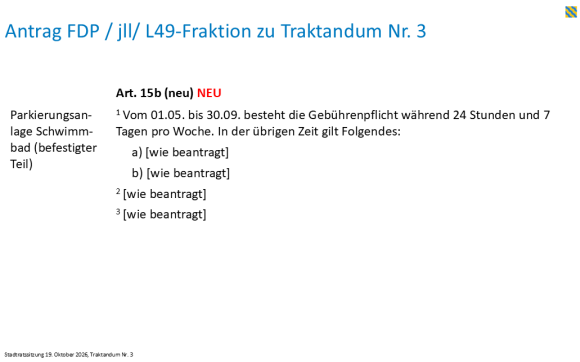
Parkierungsanlage Schwimmbad (unbefestigter Teil [Wiese])

[1] ~~Während der Schwimmbadsaison (Frühling bis Herbst)~~ Bei offenem Zugang in der Zeit vom 01.05. bis 30.09. besteht die Gebührenpflicht während 24 Stunden und während 7 Tagen pro Woche. In der übrigen ~~Jahreszeit~~ Zeit ist der Zugang zur Parkierungsanlage gesperrt. Das Amt für öffentliche Sicherheit entscheidet während der Zeit der Sperrung nach freiem Ermessen über die kostenpflichtige Überlassung dieser Parkplätze für städtische oder Anlässe von Dritten (Miete).
[2] [wie beantragt]
[3] [wie beantragt]

Stadtratssitzung 19. Oktober 2026, Traktandum Nr. 3

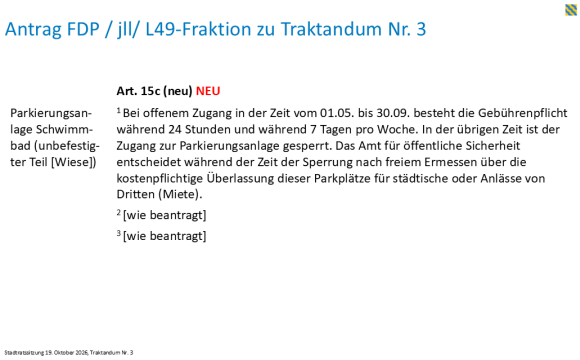
Gemeinderat Martin Lerch (SVP): Merci vielmals und auch für den Antrag, was man durchaus so sehen kann, Robert Kummer. Es wird natürlich vor allem unsere Finanzverantwortlichen freuen, dürfte eine solche Regelung doch gewisse Mehreinnahmen generieren. Der Gemeinderat und auch das beantragende AföS gehen davon aus, dass man punktgenau startet. Der Beginn und das Ende der Badesaison wird immer klar kommuniziert und es gibt manchmal auch Verlängerungen, was ihr wisst. Wer im Mai oder im Herbst in die Badi gehen will, kann sich entsprechend informieren, was zu unserem Punkt zu Punkt-Vorschlag führte. Aber man kann mit dem hier leben, da dies für uns kaum weltbewegend ist. Ich kann nicht für den Gesamtgemeinderat sprechen, respektive wenn ich den Finanzminister anschaue, dann wäre er wohl nicht unglücklich, wenn dies zu etwas mehr Einnahmen führt. Das ist aber nur eine Vermutung.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Martin Lerch. Sind noch Wortmeldungen zu diesem Antrag? Wird dieser Antrag bestritten? Nein, der Antrag bleibt unbestritten. Somit stelle ich fest, dass der Antrag gestützt auf Art. 65 Abs. 2 stillschweigend genehmigt wurde.


Antrag FDP / jll/ L49-Fraktion zu Traktandum Nr. 3

	Art. 15b (neu) NEU
Parkierungsanlage Schwimmbad (befestigter Teil)	[1] Vom 01.05. bis 30.09. besteht die Gebührenpflicht während 24 Stunden und 7 Tagen pro Woche. In der übrigen Zeit gilt Folgendes: a) [wie beantragt] b) [wie beantragt] [2] [wie beantragt] [3] [wie beantragt]

Stadtratssitzung 19. Oktober 2026, Traktandum Nr. 3


Antrag FDP / jll/ L49-Fraktion zu Traktandum Nr. 3

	Art. 15c (neu) NEU
Parkierungsanlage Schwimmbad (unbefestigter Teil [Wiese])	[1] Bei offenem Zugang in der Zeit vom 01.05. bis 30.09. besteht die Gebührenpflicht während 24 Stunden und während 7 Tagen pro Woche. In der übrigen Zeit ist der Zugang zur Parkierungsanlage gesperrt. Das Amt für öffentliche Sicherheit entscheidet während der Zeit der Sperrung nach freiem Ermessen über die kostenpflichtige Überlassung dieser Parkplätze für städtische oder Anlässe von Dritten (Miete). [2] [wie beantragt] [3] [wie beantragt]

Stadtratssitzung 19. Oktober 2026, Traktandum Nr. 3

Wir fahren fort und kommen zu Art. 15d.

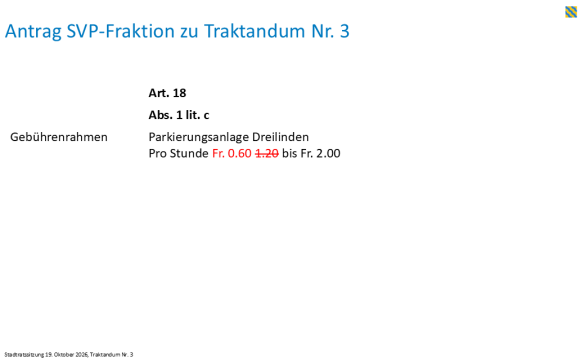
Art. 15d bis Art. 17

Ohne Wortmeldung (somit gemäss Art. 65 Abs. 2 der Geschäftsordnung wie beantragt beschlossen).

Art. 18

Hier ist jetzt Zeit für den angekündigten Antrag. Für die SVP-Fraktion spricht Daniel Huber.

Daniel Huber (SVP): Es geht darum, dass man die Gebührenbandbreite im Dreilinden anpassen würde, sodass die untere Limite analog zum Musterplatz auf 60 Rappen zu liegen käme. Und das ist ja bei der Badi auch der Fall. Und warum wollen wir das machen? Es wurde bereits gesagt, dass es bei der Einführung der Gebühren wichtig ist, dass man dies nicht zu stark als zusätzliche Finanzierungsquelle missbraucht und Augenmass hält; das heisst, man sollte nicht Gebühren erheben, die nichts mit dem Aufwand zu tun haben, der wegen diesen Parkplätzen entsteht.


Antrag SVP-Fraktion zu Traktandum Nr. 3

	Art. 18 **Abs. 1 lit. c**
Gebührenrahmen	Parkierungsanlage Dreilinden Pro Stunde Fr. 0.60 ~~1.20~~ bis Fr. 2.00

Stadtratssitzung 19. Oktober 2026, Traktandum Nr. 3

Das ist sicherlich bei der Badi und beim Musterplatz mit den vorgeschlagenen Gebühren von 60 Rappen der Fall. Im Dreilinden ist die Gebühr Fr. 1.20 doppelt so hoch. Gemäss Preisüberwacher liegt die durchschnittlich gerechtfertigte Gebühr für Langenthal bei Fr. 1.10. Die durchschnittliche Parkgebühr in Langenthal liegt aber bei Fr. 1.26 und somit über dieser Empfehlung, wonach auch die angedachte Gebühr im Dreilinden mit Fr. 1.20 über der Empfehlung des Preisüberwachers liegt. Begründet wird dies damit, dass die Schüler den Parkplatz stark nutzen, um die Gebühren im Schulhausparking bei der Gewerbeschule von Fr. 1.20 zu umgehen. Da dieses Problem am Abend nach 19 Uhr und am Wochenende kaum mehr besteht, wird vorgeschlagen, dass man die Gebühren im Dreilinden an den Wochenenden sowie zwischen abends um 19 Uhr und morgens um 7 Uhr auf 60 Rappen senkt, da sich in der Nähe auch Sportstätten und ein Naherholungsgebiet befinden, das unter anderem auch von Familien mit Kindern genutzt wird und auch sonst nicht jeder immer mit dem Velo dort hinausfahren kann. Damit die empfohlene Anpassung des Gebührenregimes möglich ist, muss die Gebührenbrandbreite eben angepasst werden, so wie man das im Antrag sehen kann. Und wie erwähnt wäre dazu die Empfehlung, dass die dort einzuführende Gebühr am Abend und an den Wochenenden bei 60 Rappen liegt. Es handelt sich um einen sehr kleinen Eingriff, um ein kleines Signal an unsere Bürger, ein kleines Zeichen, dass man massvoll vorgehen will und dass man sie nicht wie eine Zitrone auspressen will. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, Daniel Huber, für die SVP-Fraktion. Bevor ich zur Diskussion über diesen Antrag schreite, frage ich zur Klarheit an, ob es zu Art. 18 weitere Anträge gibt? Das ist nicht der Fall, sodass wir dazu einen einzigen Antrag vorliegen haben. Gibt es Wortmeldungen der Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Murielle Schärer für die GLP/EVP-Fraktion.

Murielle Schärer (GLP): Grundsätzlich können wir dem Antrag der SVP zustimmen. Wir finden es gut, dass die Bandbreite analog zu den anderen Parkanlagen auf 60 Rappen reduziert wird. Unsere Zustimmung basiert aber auf einer anderen Überlegung, da für uns die Möglichkeit bestehen sollte, dass man im Fall von Anpassungen bei der Berufsschule, deren Gebühren ja sehr hoch sind, auch die Möglichkeit hat, eben runterzugehen. Wir würden es aber nicht begrüssen, unterschiedliche Zeiten und unterschiedliche Tarife zu definieren, eigentlich ein bisschen ähnlich, wie es Robert Kummer zuvor für das Schwimmbad beschrieb. Es ist mühsam für die Leute, wenn unklar ist, ob sie nun Fr. 1.20 oder 60 Rappen zu zahlen haben, was zur Verwirrung führt. Es soll einfach und einheitlich sein und darum begrüssen wir es, wenn dann für diese Zeit einfach durchgehend ein einheitlicher Tarif von Fr. 1.20 gilt. Aber wir werden wie gesagt dem Antrag für eine Bandbreite ab 60 Rappen im Sinne von mehr Flexibilität zustimmen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, Murielle Schärer. Gibt es weitere Wortmeldungen von Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern? Das ist nicht der Fall. Von Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern? Robert Kummer (FDP).

Robert Kummer (FDP): Da es nicht abgesprochen ist, rede ich hier als Einzelsprecher. Den Antrag, die Gebühr tagsüber auf 60 Rappen herunterzusetzen, so wie ich es möglicherweise in der schriftlichen Kommunikation der SVP auch falsch verstand, kann ich nicht nachvollziehen. Wenn hingegen die Gebühr tagsüber wie beim Gymnasium und der Berufsschule bei Fr. 1.20 liegt, damit es zu keinem Suchverkehr kommt und es am Abend und über das Wochenende gleich wie bei der Badi oder beim Musterplatz 60 Rappen kostet, könnte ich persönlich zustimmen. Dabei geht es mir darum, dass überall gleiche Tarife gelten, was ich dann mit der App bezahlen und merken kann, dass wenn ich ab 17 Uhr für drei Stunden parkiere, es mich von 17 Uhr bis 19 Uhr Fr. 1.20 und für die dritte Stunde dann eben 60 Rappen kostet. Das registriert die App ja automatisch, sodass ich die Tarife nicht wissen muss, ob es mich nun 60 Rappen oder Fr. 1.20 kostet. Ich frage mich aber, wo das geschrieben steht, was du, Dani, vorher sagtest, denn jetzt wird ja nur eine Bandbreite von 60 Rappen bis Fr. 2.00 beantragt? Der Antrag müsste ja linear sein, sodass eigentlich beantragt werden müsste, dass die Gebühr eben tagsüber bei Fr. 1.20 und in der Nacht und am Wochenende bei 60 Rappen liegt. Das wäre meine Frage.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Daniel Huber, Kannst du dazu eine Antwort geben? Ja, dann hast du das Wort, Daniel Huber (SVP).

Daniel Huber (SVP): Mein Verständnis ist, dass im Reglement die Bandbreiten festgelegt werden und dass nachher die Gebühr durch den Gemeinderat bestimmt wird. Wir geben natürlich nur eine Empfehlung ab, und der Gemeinderat ist frei, sich an die Empfehlung zu halten oder nicht, zumal wir nur die Bandbreite der Gebühr im Reglement anpassen, aber nicht bestimmen können, welche Gebühr der Gemeinderat einführen soll, da er das selber bestimmt. Aber unsere Empfehlung ist klar, dass die Gebühr im Dreilinden abends und an den Wochenenden bei 60 Rappen liegt.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Daniel Huber. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Fabian Fankhauser (GLP): Ja, wenn wir hier schon explizit mit Empfehlungen arbeiten, dann möchte ich dann trotzdem auch noch einmal sagen, dass wir, auch wenn wir zustimmen, explizit keine zwei unterschiedlichen Zeitmodelle empfehlen, auch wenn wir vielleicht gleich wie die SVP-Fraktion abstimmen. Dies sollte der Gemeinderat dann auch so zur Kenntnis nehmen, wenn er die Verordnung macht. Danke.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank für die Wortmeldung, Fabian Fankhauser. Das Wort hat Cornelia Gerber-Schärer (SP).

Cornelia Gerber-Schärer (SP): Ich möchte gerne noch darauf hinweisen, dass wir an der Berufsschule mit dem Campus einen riesigen Umbau vor uns haben und dadurch Parkplätze gestrichen werden und wir jetzt gerade in unserem Fachbereich sehr viele Lernende haben, und da schaue ich beispielsweise auch zu unserer Kollegin Gabriela Lingg-Zaugg, die Spätdienste haben oder auch von Langnau her mit dem Auto kommen müssen, damit es ihnen nachher irgendwie zeitlich zur Berufsschule reicht. Und dann müssen sie pro Stunde noch Fr. 2.00 bezahlen. Wie man überall immer wieder hören kann, sollen die Berufslehren nicht so interessant und gut etabliert sein. Deshalb glaube ich, dass das einfach der falsche Weg ist und mir leidtut. Ich finde es nicht fair, Fr. 2.00 pro Stunde bei Leuten zu verlangen, die sonst schon nicht gerade ein grosses Einkommen haben, dabei aber eine ganz wichtige Arbeit für unser System machen, inklusive auch der Lehrpersonen. Deshalb muss man das ein bisschen im Gesamten betrachten. Ich finde es diffus und unkonkret, wenn überall ein anderes Modell angewendet wird, sodass ich das persönlich ablehne.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Nun folgt Jan Herzig (SVP).

Jan Herzig (SVP): Merci vielmals, Diego. Cornelia, du hast uns wohl falsch verstanden, da diese 60 Rappen bis Fr. 2.00 einfach einer Bandbreite entsprechen, in dem sich der Tarif zu bewegen hat, was auch beim Schwimmbad und auch beim Musterplatz so ist und es dabei wirklich nur um die Bandbreite geht. Es ist ja auch das Ziel des Gemeinderates, die Gebühr tagsüber mit Fr. 1.20, und nicht mit Fr. 2.00 festzulegen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich bitte euch die Voten jeweils via Mikrofon dazulegen. Zuhanden des Audioprotokolls hat nun erneut Cornelia Gerber-Schärer (SP) das Wort.

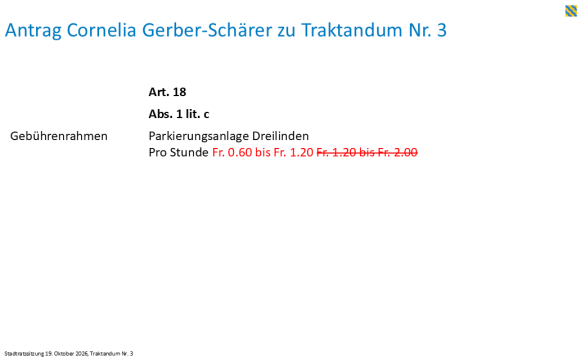
Cornelia Gerber-Schärer (SP): Ja, das ist etwas diffus und ich möchte, dass das klar geregelt ist. Ich möchte, dass es vom Stadtrat vorgegeben wird, dass diese Fr. 1.20 nicht überschritten werden.

Jan Herzig (SVP): Ja, hier spricht nochmals Jan Herzig. Diese Fr. 2.00 Franken stehen ja schon im Reglement und wie Martin Lerch zuvor erklärte, liegt der Vorschlag bei diesen Fr. 1.20. Es ist sicher nicht unser Ziel auf Fr. 10.00 hochzugehen und dasselbe gilt auch für den Gemeinderat.

Cornelia Gerber-Schärer (SP): Okay, verstanden, aber es war mir trotzdem wichtig, das zu sagen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich habe als Sitzungsleiter zwei Sachen zu sagen. Erstens, was Jan machte, ist richtig. Bei diesem Audioprotokoll geht es jetzt darum, dass wir die Voten zuordnen können. Wenn man hier drinsitzt oder der Protokollführer hier drinsitzt, dann kann er das korrigieren. Wenn wir es über das Audioprotokoll machen, müssen wir klar festhalten, wer spricht. Und darum ist es wichtig, dass das immer angekündigt wird, damit verstanden wird, wieso ich da zum Teil Selbstverständlichkeiten bekannt mache. Das war die erste Bemerkung. Die zweite Bemerkung richtet sich an Cornelia Gerber-Schärer. Cornelia, wenn du das anders haben möchtest, dann musst du jetzt einen Antrag für eine andere Bestimmung im Reglement stellen, ansonsten es bei dieser Bandbreite bleibt. Cornelia Gerber-Schärer (SP) wünscht nochmals das Wort.

Cornelia Gerber-Schärer (SP): Danke vielmals, auch für die Geduld mit mir. Ich stelle in diesem Fall den Antrag, dass die Bandbreite zwischen 60 Rappen und Fr. 1.20 festgelegt wird.


Antrag Cornelia Gerber-Schärer zu Traktandum Nr. 3

	Art. 18 **Abs. 1 lit. c**
Gebührenrahmen	Parkierungsanlage Dreilinden Pro Stunde Fr. 0.60 bis Fr. 1.20 ~~Fr. 1.20 bis Fr. 2.00~~

Stadtratssitzung 19. Oktober 2026, Traktandum Nr. 3

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit es klar ist, frage ich dich, ob du den Antrag ausschliesslich für die Parkierungsanlage Dreilinden stellst oder für alle drei Parkierungsanlagen, die in diesem Artikel 18.1c geregelt sind?

Cornelia Gerber-Schärer (SP): Ausschliesslich für Dreilinden, damit es analog ist.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit haben wir zwei Anträge. Wir sind weiter am Sammeln von Wortmeldungen und möglicherweise weiteren Anträgen. Fabian Fankhauser (GLP) meldet sich zu Wort.

Fabian Fankhauser (GLP): Ich hätte einen Ordnungsantrag für einem kurzen Sitzungsunterbruch. Der Antrag kam jetzt gerade ein bisschen spontan, sodass wir uns kurz besprechen müssen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ja, du bekommst den Sitzungsunterbruch vor der Abstimmung. Aber zuvor möchte ich gerne noch einmal mögliche weitere Ideen sammeln, nicht dass wir 20 Sitzungsunterbrüche machen. Linus Rothacher (SP) meldet sich und hat das Wort.

Linus Rothacher (SP): Ich äussere mich noch gerne zum Antrag der SVP, hatte ich doch gewisse Sympathien dafür, tendiere nun aber trotzdem wieder zum Antrag des Gemeinderates. Dies ist deshalb so, da es jetzt diverse Aufforderungen gibt und wenn dann der Gemeinderat die Verordnung erlässt, hat man hier einen Wunsch Nummer 1, dort einen Wunsch Nummer 2, sodass ich einfach glaube, dass dies nur für Verwirrung und am Schluss zu einem unklaren Reglement führt. Und liebe SVP, eure Begründung fällt halt schon relativ

schnell in sich zusammen, wenn man vom Schutz der Kaufkraft redet und dies dann wieder dem Gemeinderat abdelegiert. Wenn ihr damit wirklich die Leute schützen wollt, dann müsst ihr zumindest offen sein und einen entsprechenden Antrag stellen. Indem man das Problem an den Gemeinderat weitergibt, habt ihr noch kein Portemonnaie entlastet.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich danke Linus Rothacher. Gibt es weitere Wortmeldungen. Ja, Daniel Huber (SVP).

Daniel Huber (SVP): Die Grundidee unseres Antrags war, dass die Gebühren im Dreilinden gesenkt werden, und nicht, dass man irgendetwas erhöht. Die Grundidee war, dass es möglich ist, im Dreilinden tiefere Gebühren zu verlangen und damit die Bandbreite derjenigen beim Musterplatz und bei der Badi entsprechen würde. Das war die Idee. Besten Dank.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, Daniel Huber. Das Wort hat Pascal Dietrich (L49).

Pascal Dietrich (Liste 49): Herr Präsident, vielleicht gleich noch ein Wort zur Sache, damit vielleicht das Verständnis ein bisschen grösser wird. Das, was hier gemacht wird, ist eigentlich die normale Vorgehensweise. In einem Reglement legt das Parlament eine Bandbreite fest. Und nachher setzt die Exekutive in der Verordnung die konkrete Höhe fest, die sich innerhalb dieser Bandbreite bewegen muss. Das ist normal und passiert überall. Es ist von dem her nichts Aussergewöhnliches und ist eigentlich schon in Ordnung, aber es ist natürlich auch nicht in Stein gemeisselt. Wenn wir etwas anderes wollen, dürfen wir das auch sagen, sodass wir in Langenthal auch ins Reglement schreiben können, dass die Gebühr Fr. 5.00 oder 10 Rappen kostet. Das können und dürfen wir, ist aber einfach nicht üblich, aber wir sind darin frei. Wenn du jetzt, Cornelia, das Gefühl hast, du willst jetzt dort fix 60 Rappen, dann kannst du einen entsprechenden Antrag stellen und dann schauen wir, wie abgestimmt wird. Das ist nicht ausgeschlossen. Aber das, was der Gemeinderat machte, ist an sich eine völlig normale Vorgehensweise und er machte das von meiner Seite her gesehen richtig. Aber wir dürfen auch etwas anderes machen, wenn euch das nicht behagt.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, Pascal Dietrich. Gibt es weitere Wortmeldungen von Mitgliedern des Stadtrats? Gut, dann plane ich folgendes Prozedere. Ich frage anschliessend noch den Vertreter des Gemeinderates, ob er zu diesen zwei gestellten Anträgen das Wort wünscht, dann ordne ich den Sitzungsunterbruch an und nachher stimmen wir ab. Wir mehren als erstes die Anträge der SVP-Fraktion und von Cornelia Gerber-Schärer gegeneinander aus, danach wird der obsiegende Änderungsantrag dem Antrag des Gemeinderates gegenübergestellt. Ist allen zusammen das angedachte Prozedere klar, damit ihr nach dem Sitzungsunterbruch darüber abstimmen könnt? Dann hören wir noch Daniel Huber (SVP). Nein, du musst Dich nicht entschuldigen, denn ich will, dass es absolut klar ist, was wir machen.

Daniel Huber (SVP): Ich schlage vor, dass wir zuerst über die untere Limite abstimmen, denn da sind wir uns ja einig, und nachher noch über die obere Limite.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Nein, das machen wir nicht, denn wir können nur über Anträge abstimmen. Wenn ihr andere Anträge stellen wollt und die SVP ihren Antrag ändern will, so kannst du das machen. Du kannst einen Zusatzantrag stellen, was möglich ist, aber wir nehmen nicht inhaltlich Anträge auseinander, sonst gibt das ein Durcheinander. Euer Antrag definiert eine Bandbreite von 60 Rappen bis Fr. 2.00. Und daneben gibt es den zweiten Antrag mit der Bandbreite von 60 Rappen bis Fr. 1.20. Und dort kann man entweder für das eine oder für das andere sein. Falls nun noch jemand anderes eine gute Idee hat, dann nehmen wir diese auf. Es wird nichts abgeklemmt, aber es muss klar gemacht werden, über was wir abstimmen. Gibt es nun von Seiten der Stadtratsmitglieder noch Wortmeldungen? Nein, dann hören wir jetzt nochmals Gemeinderat Martin Lerch (SVP). Wir führen anschliessend den Sitzungsunterbruch durch und dann stimmen wir ab.

Gemeinderat Martin Lerch (SVP): Nur ganz kurz. Der Gemeinderat ist natürlich dankbar, wenn man beim System im vorgeschlagenen Gebührenrahmen bleibt, in dem er die Kosten konkret festlegen kann. Beim Dreilinden hatten wir ja schon gewisse Gründe, um hier diese Fr. 1.20 in Sinne einer Gleichbehandlung

festzulegen. Wir sehen auch, dass dort sehr viele Firmen parkieren, sodass dort eine rege Nutzung stattfindet und es uns von dem her als gerechtfertigt erschien. Wenn man gemäss Antrag von Cornelia Gerber-Schärer auf Fr. 1.20 runtergeht, dann haben wir natürlich keinen Spielraum mehr, zumal das Reglement ja für eine längere Gültigkeitsdauer gemacht wird und es vermutlich eher zu einer Teuerung kommt, als dass es einen Rückgang der Teuerung geben wird. Und dann hätte der Gemeinderat nach oben einfach keinen Spielraum mehr. Falls ich es richtig verstand, will man ja tagsüber diese Fr. 1.20 Uhr und nur bei Nacht die 60 Rappen und der Gemeinderat ist sicher dankbar, wenn er innerhalb dieses Rahmens ein bisschen mehr Spielraum hat.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, sind jetzt noch Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, machen wir einen kurzen Sitzungsunterbruch.

(Die Sitzung wird für wenige Minuten unterbrochen.)

Prima, der Sitzungsunterbruch ist vorbei. Kam es während des Sitzungsunterbruchs noch zu irgendeiner kreativen Idee für einen weiteren Antrag? Nein. Ich übergebe das Wort an Cornelia Gerber-Schärer (SP).

Cornelia Gerber-Schärer (SP): Danke vielmals. Ich werde meinen Antrag zurückziehen. Ich realisierte im Nachgang, was ja auch eine wichtige Erkenntnis und ein Prozess ist, dass es gerade mit dem Bau und Umbau des Campus möglich ist, dass der Tarif bei der Berufsschule steigen könnte, sodass man den Tarif auch gemäss Berufsschule anpassen können sollte. Deshalb ziehe ich meinen Antrag zurück. Danke vielmals. Es war jetzt wichtig, uns in Ruhe austauschen und überlegen zu können.

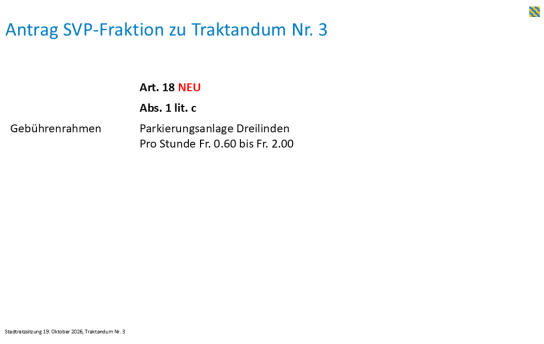
Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, Cornelia, für diese Klarstellung. Es ist, wie du sagst, richtig, dass wir hier Anträge andenken, dass wir kein Denkverbot haben, aber wir können auch diese wieder zurückziehen. Ich gehe davon aus, dass die SVP an ihrem Antrag festhält. Gut, dann haben wir etwas zum Abstimmen. Wir mehren den hier eingeblendeten Antrag der SVP-Fraktion gegenüber dem Antrag des Gemeinderates aus, wie er sich aus dem Änderungserlass ergibt oder wie er hier jetzt ebenso aufgeblendet wird. Wer für den Antrag des Gemeinderates ist, zeigt das jetzt mit der Karte. Danke. Wer für den Antrag der SVP-Fraktion ist, zeigt das jetzt mit der Karte. Wer sich der Stimme enthält, hält jetzt die Karte hoch. Wir zählen das Resultat aus. Vielen Dank. Der Stadtrat nahm den Antrag der SVP mit 20 Stimmen gegenüber 16 Stimmen für den Gemeinderatsvorschlag ohne Enthaltungen an. Damit beschloss der Stadtrat die Änderung von Art. 18 Abs. 1c.

Abstimmung über den Antrag der SVP-Fraktion zu Art. 18 Abs. 1c gegenüber dem Antrag des Gemeinderates bezüglich Gebührenrahmen Parkierungsanlage Dreilinden

20 Ja für Antrag der SVP: angenommen

16 Nein für den Antrag des GR

0 Enthaltungen

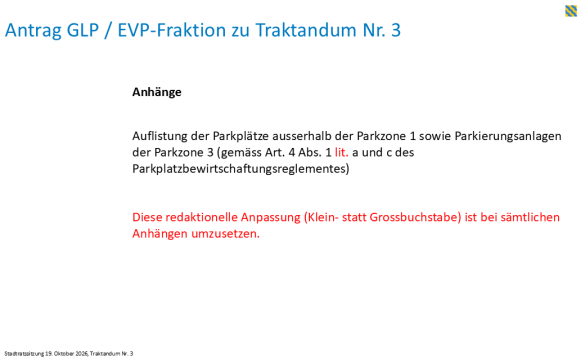


Art. 19 bis Art. 21

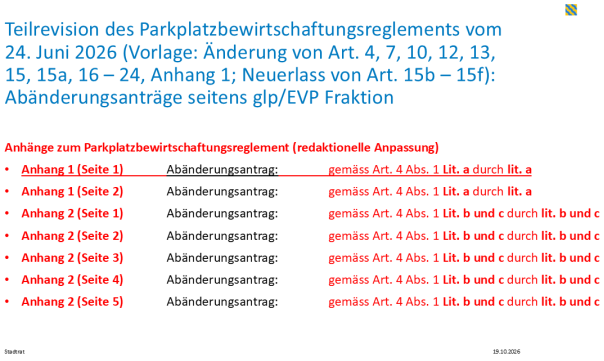
Ohne Wortmeldung (somit gemäss Art. 65 Abs. 2 der Geschäftsordnung wie beantragt beschlossen).

Anhang

Murielle Schärer (GLP): Hier geht es um das gleiche Thema wie vorher. Da war der Vorschlag des Gemeinderates, den Buchstaben L klein zu schreiben und wir sind der Meinung, dass es dann konsequenterweise auch überall so geschrieben werden sollte. Deshalb schlagen wir die entsprechende redaktionelle Anpassung vor, so wie sie hier eingeblendet ist.



Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Das ist somit der Antrag der GLP/EVP-Fraktion, präsentiert durch Murielle Schärer. Wir bereiteten dafür eine Folie vor, die ihr vorher schon eingeblendet saht. Die erste Frage, die sich stellt, ist, ob das jemand nicht als eine redaktionelle Änderung qualifiziert? Da sich niemand regt, wird es als redaktionelle Änderung eingestuft.



Wenn nun diese redaktionelle Änderung hier in Anhang 1 so vorgenommen wird, stelle ich den Antrag, dass dies im ganzen Erlass korrigiert wird; also überall dort, wo es nicht unterstrichen ist und wie auf dieser Folie aufgelistet an verschiedenen Stellen im Anhang und an zwei Orten im eigentlichen Erlass vorkommt. Widerspricht jemand dem Konzept der konsequenten redaktionellen Anpassung im Ganzen? Das ist nicht der Fall. Damit stelle ich fest, dass die redaktionelle Änderung vom Stadtrat so beschlossen wurde. Gibt es weitere Anträge oder Wortmeldungen zum Anhang? Das ist nicht der Fall. Damit ist die artikelweise Beratung des Reglements abgeschlossen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Reglement. Wer das Reglement gemäss Änderungsantrag des Gemeinderates mit der vom Stadtrat beschlossenen Änderung von Art. 18 Abs. 1 Buchstabe c annehmen will, zeigt das jetzt mit der Karte. Wer das Reglement ablehnen will, zeigt es mit der Karte. Wer sich in dieser Schlussabstimmung enthalten will, zeigt das mit der Karte. Der Antrag wurde mit 34 Ja gegen 1 Nein bei 1 Enthaltung angenommen. Damit stimmten 36 Stadträtinnen und Stadträte ab. Gut, bevor wir zu den Schlussabstimmungen oder zu den Abstimmungen über die einzelnen Beschlussziffern kommen, frage ich an, ob es noch Wortmeldungen zu Beschlussziffer II und III gibt, bei denen es um die Fristverlängerungen geht? Nein. Damit gehe ich in der Tendenz davon aus, dass diese gutgeheissen werden und ich frage somit an, ob es Einwendungen gibt, dass über die Beschlussziffern I, II und III in einer Abstimmung abgestimmt wird? Nein dem scheint nicht so zu sein. Oder doch? Fabian Fankhauser (GLP) meldet sich zu Wort.

Fabian Fankhauser (GLP): Ich habe es gerade nicht präsent, aber ist die Fristverlängerung etwas, worüber wir separat abstimmen können? Gut, dann gerne separat.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gut, prima. So stimmen wir jetzt einzeln über den Beschlussentwurf gemäss Ziffer I, Ziffer II und Ziffer III ab.

Wir kommen zuerst zur Abstimmung über den Beschlussentwurf Ziffer I mit Ziff. 1 und Ziff. 2. Dabei geht es um den Text, wie er vorher in der Schlussabstimmung verabschiedet wurde. Wer diesem Text unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums zustimmen will, zeigt das mit der Karte. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussziffer II. Da geht es um die Fristverlängerung zur Umsetzung der Motion von Fabian Fankhauser (GLP) und Dyami Häfliger (GLP) und Mitunterzeichnete "Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten". Wer dem Antrag des Gemeinderates auf Fristenstreckung zustimmen will, zeigt das jetzt mit der Karte. Wer den Antrag des Gemeinderates ablehnen will, zeigt es jetzt mit der Karte. Wer sich in dieser Frage enthält, hält die Karte in die Höhe.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussziffer III. Dabei geht es um die Fristverlängerung für die Umsetzung der Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP), Rosario Volante (FDP) und Mitunterzeichnende "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung". Wer hier dem Antrag des Gemeinderates auf Fristverlängerung gemäss Formulierung in der Beschlussziffer III zustimmen will, zeigt das jetzt mit der Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Danke. Damit stehen wir am Ende dieses Geschäfts und wir sind am Zeitpunkt, an dem wir eine Pause verdienen. Danke vielmals.

(Es folgt eine Pause bis 20.40 Uhr.)

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein bei 1 Enthaltung:

I. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 60 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderates vom 9. September 2026, unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums, beschliesst:

1. **Die Teilrevision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements gemäss Änderungserlass vom 10. Juli 2026 wird mit einer Änderung (Art. 18 Absat 1 Buchstabe c) genehmigt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Der Stadtrat beschliesst mit 28 Stimmen Ja gegen 7 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung:

II. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 57 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 9. September 2026, beschliesst:

1. **Die Fristverlängerung bis 31. August 2028 für die Umsetzung der Motion Fabian Fankhauser (GLP), Dyami Häfliger (GLP) und Mitunterzeichnende vom 24. Juni 2024: "Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten" (erheblich erklärt am 14. Oktober 2024), wird genehmigt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Der Stadtrat beschliesst mit 29 Stimmen Ja gegen 6 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung:

III. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 57 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 9. September 2026, beschliesst:

1. **Die Fristverlängerung bis 31. August 2028 für die Umsetzung der Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP), Rosario Volante (FDP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025: "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung" (erheblich erklärt am 18. August 2025), wird genehmigt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

4. Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse; Kantonsstrasse Nr. 244: Projektgenehmigung und Kreditbewilligung

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte euch Platz zu nehmen. Wir berieten das Traktandum Nr. 3 durch, Freude herrscht, und dies in doppeltem Sinne, kann ich doch einerseits ankündigen, dass wir auch in der nächsten Sitzung eine Sandwichpause durchführen werden. Andererseits möchte sich Gemeinderat Martin Lerch nochmals zu Wort melden.

Gemeinderat Martin Lerch (SVP): Ja, Herr Stadtratspräsident, liebe Stadträtinnen und Stadträte, ich verpasste es vielleicht, aber es ist mir ein Anliegen, meiner Freude Ausdruck zu geben und mich dabei zu bedanken. Und das Ganze gleich dreifach. Es freute mich sehr, dass auch der redaktionelle Teil sehr aufmerksam durchgesehen wurde und dabei auch auf Klein- und Grossbuchstaben oder auf "beziehen" und "erwerben" etc. geachtet wurde. In einer frühen Phase wurde mit dem Stadtratspräsidenten abgesprochen, dass wir das durchwinken, obwohl dies noch auf das alte Reglement zurückgeht und eigentlich nicht unsere Erfindung war. Ich hatte Freude an der lebhaften und intensiven Debatte, die dann doch noch entstand, hatte ich doch zuerst fast die Befürchtung, dass es keine allzu grossen Diskussionen gibt. Ich empfand das aber als sehr positiv und freute mich selbstverständlich auch, dass ihr den Anträgen des Gemeinderates grossmehrheitlich folgtet; dies auch mit Anträgen, die durchaus Sinn machen und selbstverständlich umgesetzt werden können. Damit möchte ich bewusst offenlassen, was dann der Gemeinderat beim Parkplatz Dreilinden entscheidet, da es mir nicht zusteht, da schon eine Prognose zu stellen. Nochmals merci vielmals und einen schönen Abend.

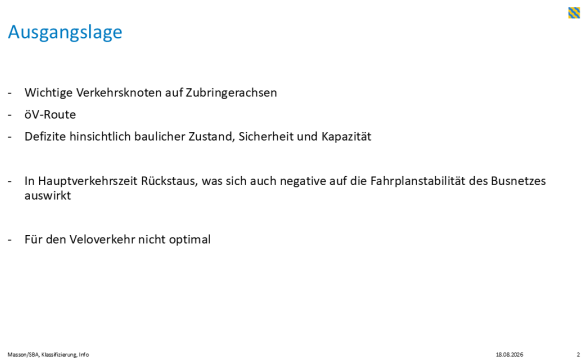
I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank. Der Abend ist schön, aber bevor er dann ganz schön wird, müssen wir noch ein bisschen arbeiten. Gemeinderat Michael Schär steht bereits am Rednerpult bereit, da er zu Traktandum Nr. 4 mit der Projektgenehmigung und Kreditbewilligung zur Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse, Kantonsstrasse Nr. 244 berichten wird. Wird das Eintreten bestritten? Dazu stelle ich fest, dass dies nicht der Fall ist.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit fangen wir mit der Beratung an und somit hat Gemeinderat Michael Schär, Vizestadtpräsident, das Wort.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Sehr geehrter Stadtratspräsident, ich überlegte mir für dieses Traktandum den Slogan: "Schön, schöner, Tiefbau". Ich beginne mit dem Tiefbau und starte mit einem Kantonsprojekt. Es geht, wie schon gesagt, um den Knoten Bützberg-/Eisenbahnstrasse und dort geht es um folgende Ausgangslage. Es handelt sich dabei um einen wichtigen Verkehrsknoten auf einer Zubringerachse, was eine von unseren zwei wichtigsten von Norden nach Süden querenden Achsen darstellt, die dort darüber laufen. Dabei kann ich mitteilen, dass der Regierungsrat das dort zu realisierende Projekt bereits letzte Woche bewilligte. Somit wurde ihr Kredit bereits genehmigt, und wir werden jetzt dann gleich noch sehen, warum das so ist. Dazu wurde auch noch eine eindrückliche Zahl der Verkehrsteilnehmer genannt, die sich dort über diesen Knoten zwängen. Man glaubt es fast nicht, aber dort passieren tagtäglich 17'700 Verkehrsteilnehmer, die sich dort durch das Nadelöhr zwängen und dazu gehört auch der öffentliche Verkehr mit einer der wichtigsten ÖV-Routen. Momentan führen fast alle Buslinien dort durch und queren die beiden Kreisel, was sich dann aber noch ändern wird. Wir haben dort Defizite hinsichtlich des baulichen



Zustands und der Sicherheit sowie eben auch der Kapazität. Zu den Hauptverkehrszeiten gibt es jeweils einen Rückstau, was sich negativ auf die Fahrplanstabilität des Busnetzes auswirkt. Deshalb führt das regelmässig dazu, dass der Bus im Stau stecken bleibt und dann sogar manchmal ein paar Minuten zu spät kommt, was für alle Anschlussverbindungen am Bahnhof nicht sehr cool ist.

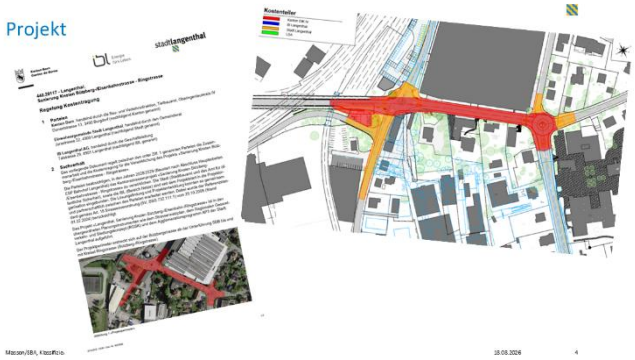
Für den Veloverkehr ist der jetzige Kreisel überhaupt nicht optimal und es kommt dort immer wieder zu Vorfällen, respektive Unfällen, wobei hier "Vorfälle" eigentlich das falsche Wort ist. Wir haben dort die ganz spezielle Situation, dass wir ja direkt von einer Unterführung hochkommen und anschliessend in den Kreisel hineinfahren und diesen durchqueren, sodass man die zum Teil noch im Kreisel stehenden Velofahrer nicht sieht. Und wenn man dann zu schnell kommt, dann schiesst man eben die Velofahrer ab und das ist leider schon ein paarmal passiert.

An dieser Stelle ist vielleicht nochmals wichtig zu betonen, dass wir hier von einem Kantonsprojekt reden; die Stadt Langenthal begleitete dies natürlich und wir wurden beim Entscheid "Kreisel oder Lichtsignalanlage" miteinbezogen. Aber schlussendlich geht es hier um ein Kantonsprojekt, wozu ihr hier jetzt den Plan seht. Man kann sich fragen, warum man jetzt auf Ampeln setzt? Ich erhielt von der SVP noch Fragen zugestellt, sodass ich versuche, alle bis zum Schluss meines Referats zu beantworten, ansonsten ihr halt dann noch einmal nachfragen müsst.



Die SVP stellte richtig fest, dass es hier schon früher einmal eine Ampel gab und man danach fand, dass ein Kreisel die richtige Wahl ist. Wir erstellten damals in Langenthal an allen nur erdenklichen Orten einen Kreisel und somit auch hier. Was war der Grund, warum man sich dann für den Kreisel und zuvor für die Ampeln entschieden hatte? Es tut mir leid, dass ich diese Frage nicht beantworten kann und auch nicht abklären konnte, denn das erfolgte so lange vor meiner Zeit, dass ich nicht weiss, wie alt ich damals war, aber wohl bestimmt noch zur Schule ging. Wie im Vertrag ersichtlich wird die Ampel selber vom Kanton betrieben. Dabei beteiligen wir uns mit je 20% an der Erstellung und am Unterhalt der Ampel, dies aufgrund der Beziehung der Eisenbahnstrasse, die versucht, die Bützbergstrasse zu queren; aber der Betrieb untersteht dem Kanton. Die Ampeln setzt man dafür ein, damit es nicht mehr willkürlich dem Verkehr überlassen bleibt, wer wann und wie in den Kreisel hineinfahren kann oder Vortritt hat, führt ein Kreisel ja auch oft ein bisschen zum Verhalten, dass der Schnellere der Geschwindere ist und man dies so besser regeln kann. Es ist auch angedacht, dass die Busse die Ampeln steuern können, sodass sie in den Hauptverkehrszeiten im Stau stehend die Ampeln so takten können, damit sich eben der Knoten möglichst schnell leeren kann und das Traversieren möglichst funktioniert.

Es wird auf dieser Kreuzung aus einem einfachen Grund verboten sein, links abzubiegen, da wir dafür einfach viel zu wenig Platz haben. Dies begründet auch, dass man dort keine anständigen Einspurstrecken machen kann, sodass man dies auch mit Ampeln hätte regeln können und deshalb auf beiden Seiten das Linksabbiegen verboten wird. Jetzt kann man sagen, dass dies völliger Unfug ist, lautet doch das Motto: "Der nächste Kreisel in Langenthal ist nicht weit". Das heisst, wenn man links abbiegen will, kommt man zum nächsten Kreisel, dem Motorex-Kreisel, fährt um diesen herum und biegt dann rechts ab. Oder wenn man von dieser Seite kommt, fährt man in den Kreisel, den ihr auch hier auf dem Plan seht. Dem Bus ist mit einer kurzen Einspurstrecke das Linksabbiegen erlaubt, indem er das Signal schalten kann und sich für die Durchquerung die Kreuzung leeren lässt.



Jetzt kommen wir zu dem, um was es heute eigentlich geht, sprach ich doch bislang vor allem über das Konzeptionelle und so weiter, da es sich wie gesagt um ein Kantonsprojekt handelt. Aber heute Abend geht es eigentlich um diese gelb-orangen Anschlussteile in der Eisenbahnstrasse, bei denen es um diesen sehr langen Abschnitt geht, den wir zu zahlen haben, und hier noch um ein kleineres Stück, für dessen Anschluss wir zahlen müssen. Daneben gibt es hier und auch hier noch das eine kleine Stück, für das wir ebenso die Anschlusskosten zahlen müssen, weil dies unsere Strassen sind. Aha, ich vergass auf die nächste Seite zu wechseln, sodass man hier diese gelb-orangen Abschnitte noch einmal gut sieht, für die wir mit unserem Geld bezahlen, was dann in diesem auf der linken Seite abgebildeten Vertrag geregelt wird. Es wurde auch noch die Frage gestellt, ob man die Fernwärme mitdenkt, nicht, dass man dann die Strassen für die Fernwärme wieder aufreissen muss. Wie ihr hier seht, ist die IBL[1] aber ebenso Vertragspartner.

Dazu möchte ich vielleicht noch allgemein anmerken, dass in der Stadt Langenthal alle Tiefbauprojekte zwischen dem Kanton, der Stadt und der IBL koordiniert werden und es dafür eine Planung gibt, bei der für jede Strasse definiert ist, in welchem Jahr wir welche Strasse aufreissen; sei es gemeinsam, sei es alleine und so weiter, damit wir eben den Verkehr nebeneinander durchbringen. Ich höre immer wieder, dass man das Gefühl hat, dass man dort eine Strasse aufriss und dann gleichzeitig hier diese auch noch. Markus Gfeller meinte dazu jeweils, dass man die weiss-roten Latten hervorholen und eingangs Langenthal aufstellen sollte, damit niemand mehr herumfahren kann. Aber so ist es nicht. Vielmehr wird das immer koordiniert und auch das AföS miteinbezogen, und wir schauen immer, dass die eine Baustelle beendet ist, bevor die nächste eröffnet wird, auch wenn es manchmal zu kleinen Überschneidungen kommt. Bei Baustellen ist es so, dass sich der Verkehr meistens zuerst daran gewöhnen muss. Ich fand es beispielsweise interessant, wie lang der Verkehr auch jetzt noch zu einem grossen Teil via Waldhofstrasse fährt, weil immer noch nicht alle begriffen haben, dass die Aarwangenstrasse wieder offen ist. Es braucht halt seine Zeit, bis sich der fliessende Verkehr an ein neues Regime gewöhnt. Aber da wird alles abgesprochen, auch bei der Hasenmatt und auch mit dem Kanton, der nun draussen an der Bern-Zürichstrasse arbeitet. Dabei wird jeder Takt, jede Sperrung, jede Verkehrsführung koordiniert. Bis sich eben der Verkehr so etwas wieder einverleibt hat, geht es halt jeweils einen Moment, was eben noch wichtig ist zu erwähnen.

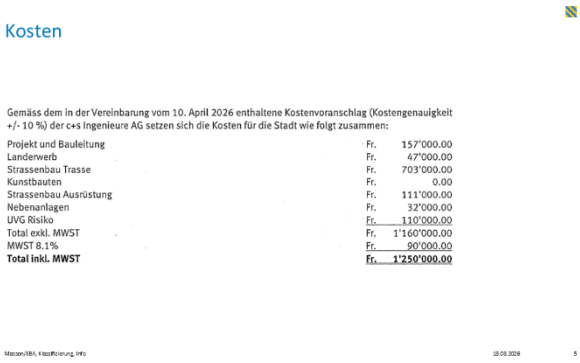
Ich komme zurück zum Fernwärmeverbund. In diesem Projekt ist ein Korridor für die Leitungen der IBL vorgesehen, wobei es zu einer Verzögerung kam, sodass man im Vertrag für denjenigen Teil, für den die IBL noch nicht bereit war, einen Nachtrag vorsieht. Dabei wird dann auch der Kostenteiler noch einmal angepasst. Je nachdem, wie viel die IBL an Leitungen verlegt, hat sie dann auch mehr von den Kosten für die Strasse und den Belag zu übernehmen, was ein bisschen ein laufendes Projekt ist.

Dann wurde noch die Frage nach dem konkreten Bauzeitplan gestellt. Bei uns ist es so, dass die effektiv konkreten Bauzeitpläne erst nach erfolgter Kreditbewilligung gemacht werden. Und das passiert wie gesagt heute, was der Regierungsrat bereits letzte Woche machte und ihr es hoffentlich heute Abend macht und hier den Kredit freigebt. Danach geht es hinter die Vergaben, die natürlich auch noch nicht gemacht sind. Und erst wenn der Baumeister bestimmt werden konnte, werden dann zusammen die konkreten Bauzeitpläne vereinbart, was dann natürlich auf Jahresebene etc. koordiniert ist. Betrachte ich es aus Sicht der IBL,

[1] IBL = IB Langenthal AG

so ist es natürlich das Ziel, dass wir mitmachen, weil auch wir bei den anstehenden Wärmeverbundprojekten damit Kosten sparen können.

Reden wir von den Kosten, so ist das hier der Kostenvoranschlag für den Kredit, den wir euch beantragen. Die SVP wollte als Weiteres wissen, wie wir mit einer Kostenüberschreitung umgehen. Wie ihr seht, sind für Unvorhergesehenes und Risiken Fr. 110’000.00 eingeplant, das heisst also ca. 10%. Wir gehen davon aus, dass dies ausreicht, zumal die Kostenvoranschläge nicht so alt sind und man nicht davon ausgehen muss, dass das nicht mehr stimmen könnte. Zudem haben wir hier vollstes Vertrauen, dass die Ingenieure die Dinge richtig berechneten und wir hier nicht noch einmal Geld benötigen. Falls das nicht reichen würde, würde dies natürlich einen Nachkredit bedeuten, da ihr ja dafür zuständig seid; es sei denn, es wäre der Teuerung geschuldet, wozu ich meinte, dass es in Langenthal auf Verfassungsebene eine Regelung gibt, dass für teuerungsbedingte Mehrkosten der Gemeinderat zuständig ist und aufgerechnet werden kann. Es kann aber sein, dass ich mich hier etwas irre.

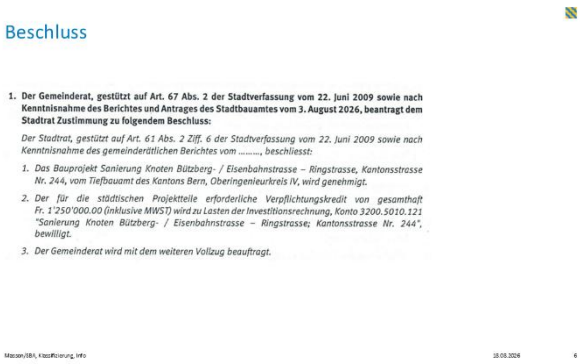

Kosten

Gemäss dem in der Vereinbarung vom 10. April 2026 enthaltene Kostenvoranschlag (Kostengenauigkeit +/- 10 %) der c+s Ingenieure AG setzen sich die Kosten für die Stadt wie folgt zusammen:

Projekt und Bauleitung	Fr.	157'000.00
Landerwerb	Fr.	47'000.00
Strassenbau Trasse	Fr.	703'000.00
Kunstbauten	Fr.	0.00
Strassenbau Ausrüstung	Fr.	111'000.00
Nebenanlagen	Fr.	32'000.00
UVG Risiko	Fr.	110'000.00
Total exkl. MWST	Fr.	1'160'000.00
MWST 8.1%	Fr.	90'000.00
Total inkl. MWST	**Fr.**	**1'250'000.00**

Masson/BKI, Klassifizierung, Info 18.08.2026 5

Genau, das hier wäre unser Antrag. Damit wir bei diesem Kantonsprojekt mitmachen können, benötigen wir für die Mitfinanzierung der vorhin aufgezeigten Teilbereiche einen Kredit über 1,25 Mio. Franken inklusive MwSt. Merci.


Beschluss

1. **Der Gemeinderat, gestützt auf Art. 67 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages des Stadtbauamtes vom 3. August 2026, beantragt dem Stadtrat Zustimmung zu folgendem Beschluss:**

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 2 Ziff. 6 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom ....., beschliesst:

1. *Das Bauprojekt Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse, Kantonsstrasse Nr. 244, vom Tiefbauamt des Kantons Bern, Oberingenieurkreis IV, wird genehmigt.*
2. *Der für die städtischen Projektteile erforderliche Verpflichtungskredit von gesamthaft Fr. 1'250'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.121 "Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse; Kantonsstrasse Nr. 244", bewilligt.*
3. *Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.*

Masson/BKI, Klassifizierung, Info 18.08.2026 6

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank, Gemeinderat Michael Schär. Für die GPK spricht nun GPK-Präsidentin Corinna Grossenbacher (SVP).

Stadtratsvizepräsidentin Corinna Grossenbacher (SVP): Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, die GPK hatte eigentlich keine grossen Fragen zu dem Thema und trotzdem diskutierten wir hinterher lange darüber. Dabei ging es uns darum, ob wir den Antrag des Gemeinderates gegebenenfalls anpassen müssten. Warum? Wir sind der Meinung, dass wir als Stadtrat kein Projekt vom Kanton genehmigen können, sondern eigentlich nur für städtische Projekte zuständig sind. Wir diskutierten dann hin und her, wie man da eine mögliche Präzisierung hinbekommt, was dann, wie ich hörte, auch in einigen Fraktionen diskutiert wurde und sich die GPK auch heute Abend nochmals kurz zusammenfand. Wir beschlossen dann aber, heute auf einen Antrag zu verzichten, möchten aber den Gemeinderat bitten, sich künftig in den Beschlussanträgen präziser auszudrücken. Wir beschliessen hier im Stadtrat keine Kantonsprojekte. Merci.

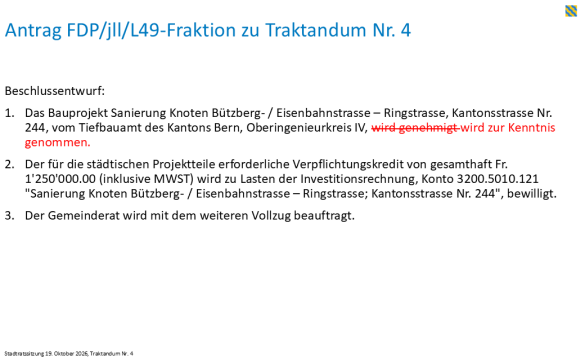
Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich danke Corinna Grossenbacher als GPK-Sprecherin. Wir kommen nun im Verlauf der Beratung zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Wird das Wort gewünscht? Roland Sommer für die SVP-Fraktion.

Roland Sommer (SVP): Geschätzter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Beantwortung dieses Geschäfts sprach der Gemeinderat Schär eigentlich auch die SVP ein bisschen an. Ich muss vorwegsagen, die Notwendigkeit der Sanierung dieser Verkehrsknoten ist ganz sicher nicht bestritten. Aber im Zusammenhang mit dem Bericht wurden doch noch einzelne Sachen aufgeworfen, die bei uns zu Fragen führten. Dabei spricht man erstens von Varianten, die man im Amt gegenüberstellte, wozu im Bericht aber keine Bemerkungen festgehalten sind. Der zweite Punkt wurde vom Gemeinderat wunderbar beantwortet. Die Erfahrungen mit den früheren Lichtsignalanlagen kann man wahrscheinlich nicht mehr so gut eruieren. Hinsichtlich des Verkehrsflusses und der Rückstaugefahr wird es sich zeigen, ob dort ein Kreisel oder die Variante mit der Ampel besser ist. Daneben fiel mir auch die Bauzeitplanung auf, was dann aber auch beantwortet wurde; mir fehlte einfach, dass dort noch verschiedene andere Projekte vorhanden sind, die im B&A gar nicht erwähnt sind.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Als nächster Fraktionssprecher meldete sich Robert Kummer für die FDP/jll/L49-Fraktion.

Robert Kummer (FDP): Merci, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, grundsätzlich ist das Gleiche festzuhalten, was auch die GPK-Präsidentin sagte, wonach der Kanton baut und die Stadt die Anpassungen an die Anschlüsse zahlt, das heisst, dass wir uns mit 1,25 Mio. Franken an den Gesamtkosten von 4,8 Mio. Franken beteiligen. Das ist so in Ordnung, zumal auch im Investitionsplan für die Jahre 2027 bis 2029 Fr. 300’000.00, Fr. 800’000.00 und Fr. 150’000.00 und somit genau diese 1,25 Mio. Franken eingestellt sind.

Uns ist es aber wichtig, dass wir als Stadtrat das Bauprojekt nicht genehmigen, sondern nur zur Kenntnis nehmen, wozu wir im Anschluss auch den entsprechenden Antrag stellen werden. Warum machen wir das? Wir müssen uns bewusst sein, dass, nachdem wir, und ich meine dabei die Stadt und den Kanton, denn auch wir sind der Kanton, mehr als 4,8 Mio. Franken verbaut haben werden, wir zwar einen Kreisel haben, der an der Bützberg-/Ringstrasse funktionieren mag, aber an der Kreuzung Bützberg-/Eisenbahnstrasse schlecht sein wird. Man plant eine Busspur von 20 Metern Länge, nachdem man berechnete, dass der Stau 70 bis 110 Meter lang ist. Daneben hörten wir, dass die stadteinwärts fahrenden Velos und Autos nicht mehr in die Eisenbahnstrasse Richtung Bahnhof abzweigen können, genauso wie auch die stadtauswärts fahrenden Velos und Autos nicht in die Eisenbahnstrasse Richtung Süden, also Richtung Bahnhof Süd oder Richtung Schoren, abbiegen können.



Antrag FDP/jll/L49-Fraktion zu Traktandum Nr. 4

Beschlussentwurf:

1. Das Bauprojekt Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse, Kantonsstrasse Nr. 244, vom Tiefbauamt des Kantons Bern, Oberingenieurkreis IV, ~~wird genehmigt~~ wird zur Kenntnis genommen.
2. Der für die städtischen Projektteile erforderliche Verpflichtungskredit von gesamthaft Fr. 1'250'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.121 "Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse; Kantonsstrasse Nr. 244", bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Stadtratssitzung 19. Oktober 2026, Traktandum Nr. 4

Wenn man das Projekt zur Kenntnis nimmt und wir als Rat diese 1,25 Mio. Franken sprechen, dann müssen wir uns einfach bewusst sein, was wir damit machen und für was wir das Geld ausgeben. Wir hoffen dabei auch, dass es dann bei Velofahrern, die auf den Zug hetzen, nicht zu halsbrecherischen Manövern führt, indem sie dann von der Stadt einwärts irgendwie quer über die Kreuzung links zum Bahnhof abbiegen. Entsprechend wird sich ein Teil unserer Fraktion der Stimme enthalten.

Wir stellen deshalb als Fraktion den Antrag, dass im Beschlussentwurf bei Ziffer 1, die Formulierung "wird genehmigt" in "wird zur Kenntnis genommen" abgeändert wird, was dem entspricht, was sich gemäss der GPK-Präsidentin auch die GPK überlegte, dann aber zum Schluss kam, nichts zu unternehmen. Das entspricht eigentlich auch dem, was der Gemeinderat sagte, dass wir nicht über das Projekt, sondern über die

1,25 Mio. Franken befinden. Uns geht es darum, dass dann nicht einmal gesagt wird: "Ihr im Stadtrat habt ja die Kreuzung genehmigt und jetzt müsst ihr eben die Konsequenzen tragen", sondern dass wir das eben nur zur Kenntnis nahmen. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Fabian Fankhauser für die GLP/EVP-Fraktion. Danach folgt Fanny Zürn für die SP/GL-Fraktion.

Fabian Fankhauser (GLP): Geschätzter Herr Stadtratspräsident, merci vielmals. Zuerst komme ich vielleicht gerade zum eingeblendeten Antrag. Dazu konnten wir uns bis jetzt gerade noch keine abschliessende Meinung bilden, vielleicht müssen wir dann nachher noch kurz diskutieren. Und obwohl wir beim Parkplatzreglement sogar auf Klein- und Grossschreibung achteten, war es für uns derart selbstverständlich, dass man keine Kantonsprojekte genehmigt und uns dies deshalb nicht auffiel. Zum Projekt selber ist vielleicht noch zu sagen, dass wir uns ebenso fragten, warum es zuletzt wieder um Ampeln ging, nachdem es zuerst Ampeln gab und dann aber wieder einen Kreisel. Wir kamen dann aber doch zum Schluss, dass der Kreisel, so wie er dort momentan angelegt ist, namentlich für Velofahrende wirklich suboptimal ist. Wir können jetzt darüber diskutieren, ob die neue Situation effektiv besser ist. Und dass das Linksabbiegen Richtung Bahnhof stadteinwärts nicht möglich ist, stimmt so schon nicht ganz, muss man halt via die Eisenbahnstrasse kehren gehen, um sich dort vor den Autos im Warteraum für Velofahrende zu platzieren, um danach anhand der Lichtsignalanlage über die Kreuzung geführt zu werden. Insofern dünkt es mich, wird dadurch sogar eine sicherere Querung, als momentan mit dem Kreisel, möglich sein, solange sich die Velofahrenden an die Verkehrsordnung halten. Wenn man nämlich aktuell stadteinwärts fährt, muss man in den Kreisel hinein hochfahren, was manchmal zu sehr mühsamen Situationen führen kann, gerade wenn die Leute vielleicht nicht so schnell unterwegs sind.

Wenn man beim Stadtauswärtsfahren dort in der Eisenbahnstrasse Richtung Süden links abbiegen will, so kommt man ja meistens von der Ringstrasse. Dort gibt es aktuell eine ZPP[1] mit einer Durchwegung, bei der man auch mit dem Velo Richtung Eisenbahnstrasse fahren kann. Ansonsten geht man dann halt über die Schorenstrasse Richtung Eisenbahnstrasse, was wir jetzt nicht als riesigen Nachteil ansehen. Und ja, wir hätten auch lieber eine längere Busspur, um dadurch den Bustakt noch länger oder besser sicherzustellen können. Es gibt dort aber eine Unterführung und so muss man es durchaus auch ein bisschen pragmatisch sehen, dass man anhand der Platzverhältnisse wahrscheinlich das Optimum herausholte, ohne dass man sich, respektive der Kanton, in jetzt ich weiss nicht was für Unkosten stürzte. Wir heben positiv hervor, dass man es sicher mit der IBL abklärte und wir gespannt sind, ob es dann mit der Lichtsignalanlage wirklich besser ist. Wir sind aber bester Hoffnung, da momentan die Situation mit dem Kreisel alles andere als optimal ist, sodass wir dem Projekt zustimmen.

Fanny Zürn (GL): Merci Diego. Geschätzte Anwesende, die GLP… ähm SP… sorry, das wird nicht mehr passieren. Es gibt Sachen, die in meinem Leben passieren werden und andere nicht. Die SP/GL-Fraktion stimmt diesem Projekt so zu. Wir hoffen, dass es dann, wie im B&A angetönt, auch wirklich zu Besserungen für den Bus führt und der Fahrplan danach besser eingehalten werden kann und die Massnahmen auch für die Velofahrenden als Verbesserung wahrgenommen werden können. Bezüglich des Antrags von Robert Kummer kann ich sagen, dass erste Rückmeldungen in unserer Fraktion zeigten, dass dafür durchaus Sympathien vorhanden sind.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, damit äusserten sich alle Fraktionen. Gibt es Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher? Nein. Damit stelle ich fest, dass uns ein Änderungsantrag vorliegt. Braucht der Gemeinderat Zeit, um sich zu diesem Änderungsantrag Gedanken zu machen? Das ist nicht der Fall. Braucht der Stadtrat Zeit, um sich eine Meinung zu bilden, so wie es Fabian Fankhauser zuvor andeutete? Nein, auch das wird verneint. Dann kommen wir nachher zur Abstimmung. Zuvor gebe ich aber dem Gemeinderat noch die Gelegenheit für ein Schlusswort.

---

[1] ZPP = Zone mit Planungspflicht

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Als Erstes möchte ich sagen, Fabian, du machtest das super, sodass ich einfach auch nur sagen könnte, dass ich all das, was Fabian sagte, jetzt auch sagen kann. Trotzdem möchte ich für die Lösung noch einmal eine Lanze brechen. Was man auf dem Plan wirklich nicht gut sieht, ist die Unterführung, die einfach extrem nahe liegt. Aber wieso fällt die Busspur oder Einspurspur so kurz aus? Dies ist deshalb so, weil man sonst wohl für irgendwie 3 Mio. Franken die ganze Unterführung hätte verbreitern müssen, was einfach keinen Sinn macht. Und wie gesagt, der Bus hat ja das Knöpfchen, mit dem er den Verkehr relativ schnell wegschicken kann, was dann allerdings zum Leidwesen der Eisenbahnstrasse sein wird, die dort dann halt kurz warten müssen. Es ist korrekt, dass die Velos nicht links abbiegen dürfen, aber sie können rechts abbiegen, was Fabian richtig beschrieb, und können dort über die Inseln fahren und sich vor den Autos in den Warteraum stellen, bis es grün wird, um nachher so über die Kreuzung fahren zu können. Die UEK[1] stellte dazu auch noch einen schlauen Antrag, den der Gemeinderat annahm. Dabei soll im Projekt doch geprüft werden, ob man dort nicht so ein berühmtes "Links abbiegen bei Rot für Velos erlaubt" einführen kann. Ihr wisst vielleicht, dass es in Langenthal nicht so viele solcher Regelungen gibt, weil wir nicht so viele Ampeln haben. Würde man das so machen, dann könnten dort die Velos auch schon bei Rot abbiegen. Dabei müssten wir natürlich schauen, dass sie nicht überfahren werden. Aber es wäre immerhin nicht widerrechtlich, wenn es eine solche Möglichkeit geben würde. Zum Antrag ist noch zu sagen, dass der Gemeinderat offiziell entschied, dass die Genehmigung richtig ist. Sehr wahrscheinlich habt ihr aber recht, dass der Stadtrat wie auch der Gemeinderat solche Projekte nicht genehmigen können. Aber ihr wisst sicher was schlau ist und so macht ihr sicher das Richtige.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Vizestadtpräsident Michael Schär. Wird jetzt noch einmal das Wort gewünscht, bevor wir mit der Abstimmung starten? Nein. Gut, wir werden nun den Änderungsantrag der FDP im Beschlussentwurf zu Ziffer 1 dem Antrag des Gemeinderates gegenüberstellen und sodann wird mit dem ausgemehrten Text des Beschlussentwurfs die Schlussabstimmung durchgeführt. Somit werdet ihr zweimal abstimmen. Ihr seht hier noch einmal den Antrag des Gemeinderates, wonach es im Moment nur um Ziffer 1 geht. Und hier seht ihr den Änderungsantrag der FDP/jll/L49-Fraktion.

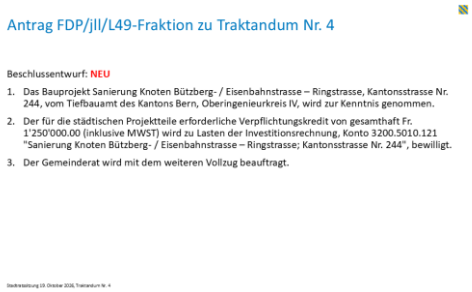
Wer dem Antrag mit der Formulierung des Gemeinderates für Ziffer 1 zustimmen will, zeigt das jetzt mit der Karte. Wer dem Antrag mit der Formulierung der FDP/jll/L49-Fraktion zustimmen will, zeigt das jetzt mit der Karte. Wer sich in dieser Frage enthalten will, hält nun die Hand in die Höhe.

<u>Abstimmung über den Antrag der FDP/jll/L49-Fraktion gegenüber dem Antrag des Gemeinderates</u>

36 Stimmen für Antrag der FDP/jll/L49-Fraktion

0 Stimmen für den GR-Antrag

0 Enthaltungen



Antrag FDP/jll/L49-Fraktion zu Traktandum Nr. 4

Beschlussentwurf: NEU

1. Das Bauprojekt Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse, Kantonsstrasse Nr. 244, vom Tiefbauamt des Kantons Bern, Oberingenieurkreis IV, wird zur Kenntnis genommen.
2. Der für die städtischen Projektteile erforderliche Verpflichtungskredit von gesamthaft Fr. 1'250'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.121 "Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse; Kantonsstrasse Nr. 244", bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Der neue Beschlussesentwurf lautet jetzt so, wie es die FDP/jll/L49-Fraktion beantragte und der Stadtrat so einstimmig beschloss. Wer dem geänderten Beschlussentwurf mit Ziffer 1, Ziffer 2 und Ziffer 3 zustimmen kann, zeigt das mit der Stimmkarte. Wer diesen Beschluss ablehnt, zeigt das jetzt mit der Karte. Wer sich in dieser Frage enthält, zeigt es jetzt.

---

[1] UEK = Umweltschutz- und Energiekommission

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 29 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 7 Enthaltungen:

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 2 Ziff. 6 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 9. September 2026, beschliesst:

1. **Das Bauprojekt Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse, Kantonsstrasse Nr. 244, vom Tiefbauamt des Kantons Bern, Oberingenieurkreis IV, wird zur Kenntnis genommen.**
2. **Der für die städtischen Projektteile erforderliche Verpflichtungskredit von gesamthaft Fr. 1'250'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.121 "Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse; Kantonsstrasse Nr. 244", bewilligt.**
3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

5. Genereller Entwässerungsplan (GEP); Ausbau der Abwasseranlagen Abschnitt Eisenbahn-/Wiesenstrasse gemäss GEP-Massnahme Nrn. 70 und 71: Projektgenehmigung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 5. Da geht es um die Projektgenehmigung und Kreditbewilligung eines generellen Entwässerungsplans mit dem Ausbau der Abwasseranlagen Abschnitt Eisenbahn-/Wiesenstrasse gemäss GEP-Massnahme Nr. 70 und Nr. 71. Wird das Eintreten zu diesem Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall.

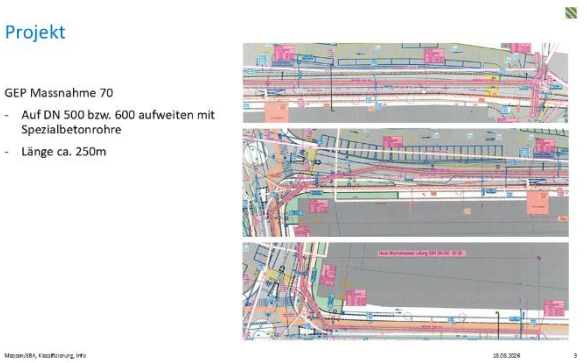
II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Dann kommen wir zur Beratung. Für die Berichterstattung des Gemeindesrates hat Vizestadtpräsident Michael Schär (FDP) das Wort.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Merci vielmals. Und wir bleiben gerade in der gleichen Ecke, aber wir gehen in den Untergrund. Es geht um eine GEP-Massnahme, sprich um die Kanalisation. Dabei sind zwei GEP-Massnahmen, Nr. 70 und Nr. 71, betroffen, hier in grüner und roter Farbe eingezeichnet; die in grün eingefärbte Nummer 71 verläuft in der ehemaligen Wiesenstrasse, die jetzt aber nicht mehr der Wiesenstrasse entspricht, sondern durch das Areal der Ammobilien AG geht. Und dann geht es bei der Massnahme Nummer 70 um den Abschnitt Eisenbahnstrasse/Ringstrasse, die zu einem grossen Teil im bisherigen Perimeter zu liegen kommt. Es liegen dort über 100-jährige Leitungen im Boden, die ausgebaut werden müssen und dort auch zu Kapazitätsengpässen führen. Wenn dann der Kanton und auch wir bauen, dann bringen wir das, was im Untergrund zu optimieren ist, auch sogleich in Ordnung.



Zur GEP-Massnahme Nr. 70 ist zu sagen, dass man die Leitungen von DNA 500 auf DNA 600 ausweitet, was Spezialbetonrohren entspricht, die hier in einer Länge von ca. 250 Meter eingebaut werden. Hier sind nochmals die Detailpläne ersichtlich.



Dabei wird aber der Oberbau in einem Abschnitt dieses Projekts nicht gleichzeitig in Ordnung gebracht. Ich erhielt gerade noch am Wochenende ein Mail mit der Frage, wieso wir manchmal die Strassen sanieren und sie dann nach Abschluss immer noch schlecht sind. Das ist eben deshalb so, weil die Sanierung dann jeweils noch nicht ganz abgeschlossen ist und es im Tiefbau üblich ist, dass der Belag eingebaut wird und sich nachher alles zuerst einmal setzen muss. Ist dieser Prozess abgeschlossen, wird die Oberfläche abgehobelt. Und erst dann wird der Deckbelag erstellt, was vielfach erst ein Jahr später ausgeführt werden kann. Das ist vielleicht auch eine Information, die ihr ein bisschen ins Volk hinaustragen könnt, geht es dabei doch nicht um Sparmassnahmen, sondern um eine reine technische Vorgehensweise. Und hier wird das Ganze noch mit drei Projekten kombiniert, von denen an einem Ort der Kanton betroffen ist, an

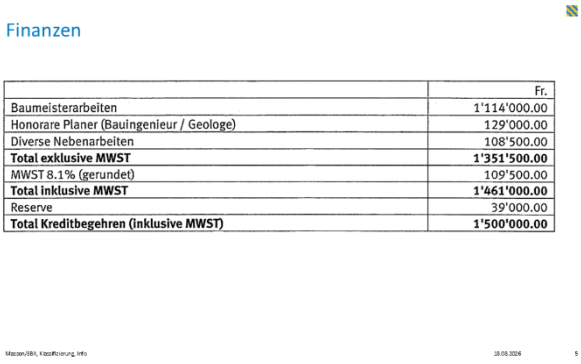
einem anderen Ort dasjenige Teilstück, für das ihr vorher die Finanzierung beschlossen habt, und im hinteren Teil betrifft es den Bahnhof, was ihr hier oben seht. Dort ist sogar noch das AP 5[1] betroffen, bei dem dann dieser Teil hier oben saniert wird, sodass man dann dort ein bis zwei Jahre ein Flickwerk haben wird.

Warum ersetzen wir die Leitungen jetzt bereits im ganzen Perimeter? Das ist eigentlich ganz einfach, da es nicht möglich ist diese Rohre irgendwo grösser oder kleiner zu machen, muss man dabei strategisch vorgehen, ansonsten aus Versehen ein Engpass gebaut wird, sodass die Rohrdimensionen überall gleich ausgestaltet sein müssen, ansonsten an einem Ort mehr Wasser gefasst werden kann, an einem anderen Ort dann aber die Hydraulik nicht mehr funktioniert, weil einfach nicht genug abgeführt werden kann.

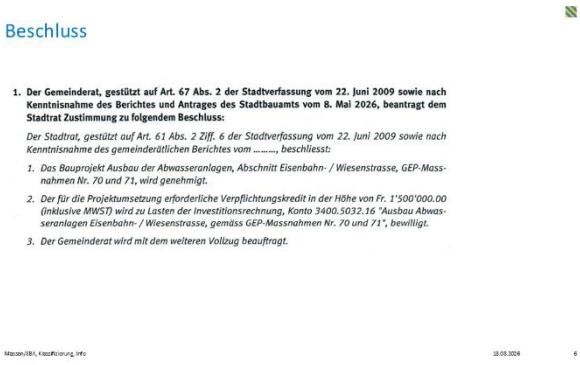
Darum setzt man eben direkt die ganze GEP-Massnahme mit Ausnahme der Wiesenstrasse um. Dies deshalb, da wir uns dort doch noch im unteren Bereich befinden, sodass wir für diese GEP-Massnahme einfach den unteren Teil bis auf das Gelände der Ammobilien AG realisieren. Dabei werden die Leitungen nur bis auf einer Länge von ca. 11 Meter mit Spezialbetonrohren auf den Standard N700 ausgeweitet, sodass der Rest noch alt bleibt und dann später gemacht wird.



Hier eine Übersicht zum Finanzbedarf mit den Baumeisterarbeiten, dem Honorar und einer Reserve, sodass wir hier eben auf diese 1,5 Mio. Franken kommen. Besonders am Ganzen ist, dass es über die Abwasserspezialfinanzierung finanziert wird und somit den Steuerhaushalt nicht belastet. Trotzdem gehen wir natürlich mit den uns zur Verfügung stehenden Geldern immer schonend um.



Das hier wäre der Antrag für die Genehmigung und den Kreditbeschluss. Merci.



[1] AP = Agglomerationsprogramm

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, Vizestadtpräsident Michael Schär. Gibt es eine Berichterstattung der GPK? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann haben die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher das Wort. Wen darf ich dazu einladen? Fabian Fankhauser für die GLP/EVP-Fraktion.

Fabian Fankhauser (GLP): Ja, ich bin vom vorangegangenen Lob immer noch ganz gerührt, aber ich kann es jetzt natürlich zurückgeben. Michael, du erklärtest das mit dem Deckenbelag wunderschön, zumal ich diese Diskussionen des Öfteren führe. Im Übrigen sind GEP-Massnahmen meistens ein bisschen langweilig, weil die Notwendigkeit generell anerkannt ist und man auch noch ein spezielles Kässeli dafür hat, sodass das allgemeine Budget nicht belastet wird. Es macht auf jeden Fall Sinn, dass wir das gerade mit dem anderen Bauprojekt verbinden, sodass wir insofern nur bitten können, dem zuzustimmen, um die Synergien zu nutzen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Stefan Grossenbacher für die SVP-Fraktion.

Stefan Grossenbacher (SVP): Werter Stadtratspräsident, werte Anwesende, wir hörten es, dass es zwingend ist, dass man dort unten die ganze Sache aufmacht und es dann auch logisch ist, dass man die Kanalisation eigentlich ebenso erneuert. Hundertjährige Leitungen sprechen sowieso nicht dafür, dass man die länger sein lässt. Der Ausbau ist ja auch im Investitionsplan enthalten und dessen Realisierung ist für 2027 bis 2028 geplant. Daneben wird auch die IBL ihre Leitungen erneuern, sodass alles zusammen einfach nur logisch ist. Die Fernwärmeleitung, was ich ebenso ansprechen wollte, wurde ja bereits im vorangegangenen Traktandum besprochen, sodass sich dieses Thema erledigte. Die SVP-Fraktion wird dem Projekt zustimmen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Gibt es weitere Fraktionen, die sich melden wollen? Das ist nicht der Fall. Damit sind wir bei den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Wünscht der Gemeinderat noch einmal das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Wir haben keinen Abänderungsantrag, sodass wir direkt zur Abstimmung über den Beschlussentwurf kommen, der sich aus der Titelbotschaft ergibt. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussentwurf Ziffer 1 bis Ziffer 3 zustimmen will, zeigt das jetzt mit der Karte. Wer den Beschluss ablehnt, zeigt es jetzt mit der Karte. Wer sich in dieser Frage enthält, zeigt es jetzt. Die Abstimmung ist geschlossen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig):

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 2 Ziff. 6 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 9. September 2026, beschliesst:

1. **Das Bauprojekt Ausbau der Abwasseranlagen, Abschnitt Eisenbahn- / Wiesenstrasse, GEP-Massnahmen Nr. 70 und 71, wird genehmigt.**
2. **Der für die Projektumsetzung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 1'500'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3400.5032.16 "Ausbau Abwasseranlagen Eisenbahn- / Wiesenstrasse, gemäss GEP-Massnahmen Nr. 70 und 71", bewilligt.**
3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

6. Vergabe des externen Revisionsmandates (Rechnungsprüfungsorgan) zur Prüfung der Jahresrechnung 2027: Auftragserteilung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir sind beim Traktandum Nr. 6 und dabei geht es um die Vergabe des externen Revisionsmandats, beziehungsweise um die Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für die Prüfung der Jahresrechnung 2027 und somit um die entsprechende Auftragserteilung. Ist das Eintreten zu diesem Geschäft bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein, sodass das Eintreten stillschweigend beschlossen wurde.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zur Beratung. Die Berichterstattung durch die GPK erfolgt durch Michael Sigrist (EVP).

Michael Sigrist (EVP): Herr Stadtratspräsident, werte Anwesende, wie im B&A festgehalten, ist eine der Aufgaben der GPK, euch eine Revisionsgesellschaft vorzuschlagen. Dies wurde ausgeschrieben und es trafen drei Offerten ein, die inhaltlich alles abdeckten. Bei der vertieften Prüfung der Offerten legten wir Wert auf Erfahrungen im kommunalen Finanz- und Rechnungswesen des Kantons Bern, auf die beigelegten Referenzen, ebenso auf die regionale Verankerung und die Kontinuität des Revisionsteams sowie zuletzt natürlich auch auf das Preis- /Leistungsverhältnis. Deshalb fiel unsere Wahl auf die BDO AG. Ich bitte den Stadtrat, dem zuzustimmen, dass die BDO AG als Revisionsstelle für die Jahresrechnung 2027 der Stadt Langenthal gewählt wird.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, Michael Sigrist als Sprecher der GPK. Wünschen die Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher das Wort? Daniel Huber für die SVP-Fraktion.

Daniel Huber (SVP): Werte Anwesende, alles wird immer teurer, aber hier hat die Ausschreibung des Revisionsmandats zu einem Preis geführt, der Fr. 5'000.00 tiefer liegt als das, was man in den Vorjahren für die gleiche Leistung bezahlte. Das habt ihr gut gemacht. Wir nehmen das erfreut zur Kenntnis und stimmen gerne zu. Danke.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Fraktionen, die sich melden möchten? Das ist nicht der Fall. Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher? Das ist auch nicht der Fall. Wünscht die GPK noch einmal ein Schlusswort? Nein. Damit erkläre ich die Beratung als geschlossen und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission gemäss Beschlussentwurf Ziffer 1 und Ziffer 2 zustimmen möchte, zeigt das jetzt mit der Stimmkarte. Danke. Wer den Antrag ablehnt, zeigt es jetzt. Wer sich in dieser Frage enthält, hat jetzt die Gelegenheit dazu. Das ist alles nicht der Fall.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig):

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 10 Abs. 1 und Art. 62 Abs. 1 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des vorliegenden Berichts und Antrags der Geschäftsprüfungskommission vom 19. Oktober 2026, beschliesst:

1. **Die BDO AG, Langenthal, erhält den Auftrag als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle (Rechnungsprüfungsorgan) zur Prüfung der Jahresrechnung 2027 der Stadt Langenthal nach Massgabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und gemäss Offerte mit einem Kostendach von Fr. 29'000.00 inkl. Spesen, Servicepauschale und Mehrwertsteuer.**
2. **Die Geschäftsprüfungskommission wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

7. Informelle Befragung über die Beschaffung einer mobilen elektronischen Abstimmungsanlage

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 7 und für dieses Traktandum gibt es eine Rochade. Die Vizestadtratspräsidentin Corinna Grossenbacher übernimmt zu diesem Traktandum die Leitung der Sitzung, damit ich in diesem Geschäft als Sprecher des Büros auftreten kann. Bitte, du darfst auf dem schon vorgewärmten Stuhl Platz nehmen.

Stadtratsvizepräsidentin Corinna Grossenbacher (SVP): Gut, dann kommen wir zur informellen Befragung über die Beschaffung einer mobilen elektronischen Abstimmungsanlage. Wird das Eintreten bestritten? Ich sehe, das ist unbestritten und wird stillschweigend genehmigt.

II Beratung

Stadtratsvizepräsidentin Corinna Grossenbacher (SVP): Somit fangen wir mit der Beratung an. Der B&A des Büros des Stadtrats liegt in schriftlicher Form vor, die Berichterstattung vom Büro übernimmt Stadtratspräsident Diego Clavadetscher.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, schön wieder einmal hier am Mikrofon zu stehen, das tut unendlich gut und ihr habt ein schönes Privileg, dass ihr das hier machen dürft. Es geht darum, euch zu befragen, ob ihr die Sinnhaftigkeit einer elektronischen Abstimmungsanlage seht. Wenn ihr dem heute nur informell zustimmt, dann geht das Büro an die Arbeit. Dabei müsste das Büro für euch einen oder zwei Beschlüsse vorbereiten; erstens auf jeden Fall den formellen Beschluss gestützt auf Art. 61 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung, der besagt, dass der Rat die Einführung der elektronischen Ausmittlung beschliessen kann, was dann noch einen B&A brauchen würde. Diesen kann man aber aus unserer Sicht idealerweise erst dann erstellen, wenn man auch weiss, um welches Produkt es dabei geht. Das ist der erste Beschluss. Der zweite Beschluss wäre der Beschaffungsbeschluss, also auf Politdeutsch oder genauer gesagt, der Kreditbeschluss.

Dieser Kreditbeschluss muss nur dann im Stadtrat gefällt werden, wenn eine solche Anlage mehr als Fr. 12'000.00 kosten würde. Wenn sie weniger als Fr. 12'000.00 Franken kostet, so wisst ihr, hat das Büro gemäss unserer Geschäftsordnung die Kompetenz, diesen Beschluss selber zu fassen. Aber weil es keinen Sinn macht, dass das Büro etwas anschafft und nachher die Mitglieder des Stadtrats sagen, dass sie das weder wollen, noch brauchen, soll zuerst diese Befragung durchgeführt werden. Ein zweiter Sinn und Zweck dieser Befragung betrifft die Ressourcenschonung, falls wir die zwei Anträge machen. Wenn wir zwei Geschäfte vorbereiten, dann braucht das relativ viele Milizressourcen und wenn das niemand will, dann könnten wir die Milizressourcen für andere Sachen einsetzen. Das ist Sinn und Zweck dieser Befragung. Noch einmal: Das Ergebnis, das hier herauskommen wird, ist nicht bindend, sondern es geht um eine rein informelle Befragung und bitte äussert euch dazu.

Wir definierten dazu bereits einmal einen ersten Anforderungskatalog. Falls dieser Anforderungskatalog nicht euren Anforderungen oder Vorstellungen entspricht, so wäre es jetzt gut, wenn ihr euch dazu meldet, weil es sonst schwierig wird, Anforderungen nochmals zu ändern, wenn die Anlage bereits offeriert oder sogar schon produziert wurde. Bringt euch heute doch bitte ein, was ihr gerne wollt. Was uns dabei ganz besonders freuen würde, ist, dass sich Leute, die in diesem Bereich eine gewisse Affinität haben, ihre Erfahrung einbringen und sich auch noch ganz kurz melden könnten, damit sie allenfalls in das Projektgrüppchen, das wir hier bilden wollen, eingebunden werden könnten. Das Büro beantragt euch, diese Frage positiv zu beantworten, sodass wir uns auf die Klarheit freuen, die diese Diskussion hoffentlich bringen wird.

Stadtratsvizepräsidentin Corinna Grossenbacher (SVP): Vielen Dank, Herr Stadtratspräsident Diego Clavadetscher. Eine Berichterstattung der GPK liegt keine vor, sodass wir direkt zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern kommen. Wem darf ich das Wort übergeben? Dan Weber von der SP/GL-Fraktion.

Dan Weber (SP): Merci vielmals. Geschätzte Corinna, Vizestadtratspräsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, im Namen unserer Fraktion kann ich euch mitteilen, dass wir grossmehrheitlich dahinterstehen,

dass das Stadtratsbüro das Projekt einer mobilen elektronischen Abstimmungsanlage weiterverfolgen soll. Besonders begeistert uns der aufgezeigte Weg, diese Anlage gemeinsam mit dem AZB Langenthal[1] zu entwickeln und zu produzieren. Das ist für uns eine echte Win-win-Situation auf allen Ebenen. Zum einen gewinnen wir im Rat an Effizienz, Transparenz und Verlässlichkeit bei den Auszählungen, wir sparen bei Abstimmungen wertvolle Minuten, die wir sicher sinnvoller in inhaltliche Debatten investieren könnten. Zum anderen – und das ist uns besonders wichtig – setzen wir damit auch ein starkes Zeichen für den Bildungsstandort Langenthal. Wir geben jungen Lernenden im AZB die Chance, ein konkretes, hoffentlich praxisnahes Projekt für unser Stadtparlament umzusetzen. Wir finden, dass dies gelebte und nachhaltige Nachwuchsförderung direkt vor unserer Haustür ist. Dass der Weg zudem eine pragmatische und kostenbewusste Lösung darstellt, die den städtischen Haushalt schont, unterstreicht den Sinn dieses Vorhabens noch zusätzlich. Merci vielmals.

Stadtratsvizepräsidentin Corinna Grossenbacher (SVP): Vielen Dank, Dan Weber für die SP/GL-Fraktion. Darf ich einer weiteren Fraktion das Wort geben? Fabian Fankhauser für die GLP/EVP-Fraktion.

Fabian Fankhauser (GLP): Frau Vizestadtratspräsidentin, auch unsere Fraktion ist einstimmig dafür, dass wir diesen Weg weitergehen. Dan Weber zeigte das wunderbar auf, wieso das sinnvoll ist und da möchte ich mich jetzt auch gar nicht unbedingt wiederholen. Noch aus persönlicher Sicht möchte ich vielleicht anfügen, dass mir vor allem Punkt 4 sehr wichtig ist, geht es dabei doch darum, dass für alle, auch für die Gäste, sichtbar wird, wer wie abstimmte. Und ich würde an dieser Stelle dann auch gerade beliebt machen, dass man dies jeweils auch beim Protokoll hinzufügen würde, weil mir, wie ich schon das eine oder andere Mal erwähnte, Transparenz doch sehr wichtig ist und dies für alle Gremien zählen sollte. Wir werden einstimmig zustimmen.

Stadtratsvizepräsidentin Corinna Grossenbacher (SVP): Vielen Dank, Fabian Frankhauser (GLP/EVP). Gibt es weitere Fraktionen, denen ich das Wort übergeben darf? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Gibt es Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher? Daniel Huber (SVP).

Daniel Huber (SVP): Werte Vorsitzende, werte Damen und Herren, bei einem Parlament der Grösse von Langenthal ist eine elektronische Abstimmungsanlage nicht Standard und auch nicht zwingend; Olten hat zum Beispiel eine solche Anlage, Zofingen hingegen nicht. Langenthal verfügt zudem über keinen fest eingerichteten Parlamentssaal, was auch im B&A erwähnt wurde. Jedes Mal müsste alles aufgebaut und wieder abgebaut werden. Deshalb wäre eine Zeitersparnis bei den Abstimmungen in Relation zum Zeitaufwand für das Auf- und Abbauen sowie den Unterhalt der Anlage in meinen Augen eher fraglich. Angedacht ist, dass die Anlage relativ günstig durch eine Schule entwickelt wird, was eigentlich sehr gut gemeint und eine gute Idee ist. Das würde wahrscheinlich aber auch bedeuten, dass es sich eher um einen Prototyp, als um ein serienreifes Produkt handeln würde, das noch Kinderkrankheiten haben und nachher auch Nachfolgekosten auslösen könnte. Unter dem Strich wäre es schön, eine effiziente, funktionierende elektronische Abstimmungsanlage zu haben, zwingend ist das bei 40 Parlamentssitzen aber nicht und somit eher "nice to have" als "must have". Das Projekt kann darum in der Priorisierungsliste nach hinten verschoben werden; das heisst, es muss im Moment nicht weiter vorangetrieben werden. Merci.

Stadtratsvizepräsidentin Corinna Grossenbacher (SVP): Danke, Daniel Huber (SVP) als Einzelsprecher. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher? Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort? Auch das scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht der Vertreter des Stadtratsbüros ein Schlusswort? Auch nicht. Ich schliesse damit die Beratung und wir kommen zu der informellen Befragung. Gestützt auf diese Ausführungen unterbreitet das Stadtratsbüro dem Stadtrat nachfolgende Frage, wobei das Ergebnis dieser Befragung keinen bindenden Charakter hat: "Befürworten Sie die Anschaffung einer mobilen Abstimmungsanlage für den Stadtrat", dann darf das bitte mit der Hand gezeigt werden. Danke. Gibt es Gegenstimmen, dann bitte ich das jetzt mit der Hand anzuzeigen. Gibt es Enthaltungen?

---

[1] AZB Langenthal = Ausbildungszentrum Langenthal

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank, Corinna Grossenbacher. Und ich danke auch dem Stadtrat. Corinna, du bist da zu Höherem berufen und gabst damit eine Abstimmungsempfehlung für den Dezember ab.

III Informelle Befragung:

Gestützt auf diese Ausführungen unterbreitet das Stadtratsbüro dem Stadtrat folgende Frage; das Ergebnis dieser Befragung hat keinen bindenden Charakter:

Befürworten Sie die Anschaffung einer mobilen Abstimmungsanlage für den Stadtrat?

Der Stadtrat votiert im Rahmen der informellen Befragung mit 31 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein bei 2 Enthaltungen für die Anschaffung einer mobilen elektronischen Abstimmungsanlage.

8. Mitteilungen des Gemeinderates (derjenigen Mitglieder des Gemeinderats, die an der Fortsetzungssitzung vom 26. Oktober 2026 nicht anwesend sein können)

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir sind bei Traktandum Nr. 8 mit den Mitteilungen des Gemeinderates. Gibt es Mitteilungen für heute Abend? Nein. Dann verschieben wir das auf nächsten Montag.

9. A **Eingereichte Motion der FDP/jll/L49-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 19. Oktober 2026: Schnellzüge im Halbstundentakt und stündlich direkte Züge nach Zürich auch nach dem Jahr 2035**

Motionstext:

"Schnellzüge im Halbstundentakt und stündlich direkte Züge nach Zürich auch nach dem Jahr 2035

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, sich bei den zuständigen Stellen, namentlich den SBB, dem Bundesamt für Verkehr und dem Amt für öffentlichen Verkehr des Kantons Bern, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln energisch und hartnäckig dafür einzusetzen, dass das Bahnangebot von Langenthal nach Zürich auch über das Jahr 2035 hinaus mindestens auf dem heutigen Stand erhalten bleibt. Das bedeutet, dass ein Halbstundentakt mit Schnellzügen (Interregio) besteht und jeder zweite Zug direkt nach Zürich (d.h. ohne Umsteigen in Olten) verkehrt.

Begründung:

Das schweizerische Bahnsystem wird im Sinne der rollenden Planung schrittweise ausgebaut. Mit dem Ausbauschritt 2035 (AS 2035) hat das nationale Parlament Investitionen über 16 Milliarden Franken bewilligt. So kann das Angebot im Fern- wie auch im Regionalverkehr weiter verdichtet und an die stark steigende Nachfrage angepasst werden. Ausgerechnet auf der Linie Langenthal – Olten- Zürich ist hingegen ein massiver Abbau geplant: Anstatt im Halbstundentakt sollen die Schnellzüge (Interregio) ab 2035 nur noch im Stundentakt verkehren; direkte Züge nach Zürich– ohne Umsteigen in Olten – soll es gar keine mehr geben. Von dieser völlig unbegreiflichen Reduktion wären auch Herzogenbuchsee und Burgdorf betroffen.

Der Gemeinderat soll deshalb alles, was in seiner Macht steht, unternehmen. um diesen einschneidenden Abbau im Angebot des öffentlichen Verkehrs zu verhindern und mindestens den Status Quo zu erhalten. Die Pendlerströme ab Langenthal in die grösseren Städte Bern und Zürich haben sich in den letzten Jahrzehnten nicht nur stark vergrössert, sondern auch ausgeglichen: So sind bereits rund 45 Prozent der Pendlerinnen und Pendler in Richtung Zürich unterwegs. Vor diesem Hintergrund die direkten Züge aufzugeben. ist unverständlich und wäre für die Attraktivität Langenthals als Wohn- und Arbeitsort ein schwerer Schlag. Die Planung erscheint umso mehr völlige verfehlt, wenn man bedenkt, dass der Bahnhof Langenthal in den letzten Jahren für gesamthaft 100 Millionen Franken um- und ausgebaut worden ist, die letzten Arbeite werden 2027 abgeschlossen. Gemeinsame Millioneninvestitionen von SBB und Stadt in Beton nützen aber nichts. wenn danach das Angebot reduziert wird."

FDP/jll/L49-Fraktion
(Erstunterzeichnende: Franziska Zaugg-Streuli)

9. B **Interpellation Fanny Zürn (GL), Verena Heubi (SP), Fabian Fankhauser (GLP) und Mitunterzeichnende vom 19. Oktober 2026: Umsetzungsdefizit im Umweltbereich**

Interpellationstext:

"Umsetzungsdefizit im Umweltbereich

Anfrage:

Wir bitten den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

A. *Gewässerentwicklungskonzept: Im Jahr 2019 wurde im Rahmen des Gewässerentwicklungskonzepts der Massnahmenplan mit 16 Einzelmassnahmen zur Ausdohlung und Revitalisierung von Langenthaler Fliessgewässern genehmigt und publiziert. Der Plan unterscheidet zwischen Massnahmen 1. (höchste), 2. und 3. Priorität. Bis heute befindet sich keine einzige Massnahme in Umsetzung. Was ist der Grund dafür?*

B. *Biodiversitätskonzept: Seit fünf Jahren wartet der Stadtrat auf das Biodiversitätskonzept, welches verbindliche Planungs- und Arbeitsgrundlage für die Verbesserung der Biodiversität in Langenthal darstellen soll. Unterdessen ist die Motion vom 20.09.2021 abgeschrieben. Warum hat der Gemeinderat den Auftrag des Stadtrats nicht umgesetzt? Bis wann legt der Gemeinderat ein der Motion entsprechendes Biodiversitätskonzept vor?*

C. *Klima- und Mobilitätsstrategie: Vom 6. Februar 2024 bis am 31. März 2024 fand die öffentliche Vernehmlassung zur Klima- und Mobilitätsstrategie 2040 statt. Auf der Website der Stadt steht, dass in Kürze die Vernehmlassungsantworten publiziert werden. Wann erfolgt die Publikation der Vernehmlassungsantworten und wann wird die Strategie in den vorberatenden Kommissionen und letztlich im Gemeinderat behandelt?*

D. *Das Budget der Fachstelle Umwelt und Energie ist in den Jahren 2025 und 2026 gegenüber den Vorjahren in den relevanten Budgetposten "Umwelt" zwischen 44 und 91% gekürzt worden. Keine andere Fachstelle unterlag dermassen signifikanten Kürzungen. Was ist der Grund dafür, dass die Ressourcen für den Bereich Umwelt derart gekürzt wurden?"*

Fanny Zürn
(Erstunterzeichnende)

Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 19. Oktober 2026

In eigener Sache

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank, wir haben also zwei eingereichte Vorstösse. Nach Art. 44 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrats besprechen das Stadtratsbüro und der Gemeinderat im Anschluss an die heutige Sitzung die Zuweisung dieser zwei Vorstösse.

Am Montag in einer Woche habt ihr wieder die Gelegenheit, euch zu äussern. Die Stadtratssitzung vom 26. Oktober 2026, formell die Fortsetzung der heutigen Sitzung, startet bereits um 18.00 Uhr. Die Akten wurden euch bereits zugestellt und sind auch auf der Webseite der Stadt Langenthal abrufbar. Es wird auch wieder eine Sandwichpause geben. Dementsprechend freue ich mich, euch bald wieder zu sehen. Ich danke euch allen ganz herzlich für eure wertvolle Mitwirkung, für die spannenden Diskussionen, für all die kritischen Voten zu Sachen, die wir intern machen wollen. Ich wünsche allen einen angenehmen Ausklang des heutigen Abends, eine tolle Woche und vor allem dann viel Vorfreude auf die nächste Stadtratssitzung von kommendem Montag. Die Sitzung ist geschlossen, ich wünsche allen einen schönen Abend.